

# Volkskampf

Kommunistisches Organ  
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Volkskampf“ erscheint jeden Mittwoch nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 3,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verordnungsstellen für den Bezirk Halle-Merseburg, s. 6. u. 7. Seite, Druckverordnungsstellen 14.

Verlagspreis: 13 Goldmarken f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldmarken f. Restame im Textteil. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Druckverordnungsstellen 14. Tel. 1045, 1047, 2261. Telegr.-Adr.: Volkskampf Halle. Geschäfts-Comptoir: a. Privat-Post, Halle. Postfachnummer: Leipzig 1008 45 Fritz Kreis, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 6. April 1926

6. Jahrgang \* Nr. 80

## Der schwarzweißrote Mord- und Korruptions-Sumpf

### Neuer Fememord der Rohbau-Banden

Die Münchener „Neue Zeitung“ macht aufsehenerregende Mitteilungen über das geheimnisvolle Verschwinden eines Mitglieds der Arbeitergemeinschaft Rohbau, des 22-jährigen Joseph Kern, der von seiner Mutter seit mehr als drei Monaten vermisst wird. Frau Kern, die auf einen Brief ihres Sohnes hin keine halbtägige Antwort erhielt, aber bis heute nichts von ihrem Sohn gehört hat, wandte sich an die Kommunistische Partei, um Aufklärung über den Verbleib ihres Sohnes zu erhalten.

Die „Rote Fahne“ teilt dazu folgende Einzelheiten mit:

Kern, der im Jahre 1924 arbeitslos wurde, ging mit mehreren Kameraden nach der Insel Rügen und verdiente sich dort aus zu Beginn des Jahres 1925 als Landarbeiter auf das Gut Mandrow, Ost-Polen (Miedlenburg). Da er dort sehr schlecht behandelt wurde, wenig Lohn erhielt und sich logar. Verhandlungen durch den Inspektor und den Gutsherrn ausgeht, ging er Mitte 1925 nach Wilmshorst bei Grevenmühlern (Miedlenburg). Dort überredete man ihn, in die Arbeitergemeinschaft Rohbau (Schwarze Reichsbanner) einzutreten.

Die Verhältnisse in Wilmshorst müssen unendlich schlecht gewesen sein. Die jungen Leute, die tagsüber arbeiten mußten, wurden nachts gezwungen, zu exerzieren, häufig wurden sie auch geschlagen. Der junge Kern war um diese Zeit so verunsichert, daß er in einem Brief an seine Mutter schrieb: „... denn kamst Du hierher, dann ist die Weibsbuben auf der Landstraße fetter — doch noch lieber das, als bei Wilmshorst mit diesen Augen über das im Kranzlande zu liegen“. Er erbat sich um Hilfe zu schreiben, um die Verhältnisse zu bezeugen, daß er nicht fast wurde.

Kern hat dann seine Mutter um Geld für die Rückfahrt nach München. Sie sandte ihm in einem Brief 20 Mark, der aber erst 9 ein wurde und Kern ohne Geld, mit fremder Passpfort versehen, übergeben wurde. Erst eine zweite Geldsendung im Dezember 1925 erhielt die Mutter feierlich Antwort mehr.

Ungeheimlich liegt hier ein neuer Fememordfall vor. Ein junger Arbeiter, durch lange Arbeitslosigkeit gezwungen, sich als Landarbeiter zu verdingen, gerät in die Hände der Schwarzen Reichsbanner und wird dort, ohne daß er sich absetzen hat gegen die mittelalterliche Behandlung der Mannschaften durch ihre Vorgesetzten, ein Opfer des Feindes.

### Der deutschnationale Barmat-Scandal

#### Nielsen-Unterschlagungen beim sächsischen „Volksopfer“

Vor dem Schöffengericht in Dresden voll zurecht ein Prozeß ab, der einen ungeheuerlichen Korruptions-Skandal der sächsischen Nationalisten auslöst. Am Herbst 1923, der sogenannten Zeit, da der General Müller im Auftrag der Reichsregierung, um der die Sozialdemokratie beteiligt war, mit

Arbeiter, räumt auf mit dieser Korruptions-Wirtschaft!

Zort mit dem nationalstischen Volksbetrug!

## Die reaktionäre Verfassungsänderung beginnt!

### Eine „Reform der Selbstverwaltung“ in Bayern

(Sig. Dr. H. M.) München, 6. April.

Das bayerische Innenministerium veröffentlicht vier Referentenentwürfe einer neuen Gemeinde-, Bezirks- und Kreisordnung und eines Gesetzes zur Klassifizierung des Wahlalters vom 20. auf 25 Jahre. Das passive Wahlrecht soll von 25 auf 30 Jahre heraufgehoben werden. Die Vertreter der Selbstverwaltung der Kreisregierungen sollen außerdem nicht mehr direkt, sondern indirekt von den Kreisräten und Gemeinderäten ernannt werden, gegen die Wahl eines Bürgermeisters Einspruch zu erheben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt dazu:

„Indirektes Wahlrecht, Einspruchsrecht der Kreisregierungen — das bedeutet eine Rückwärtsbewegung der Selbstverwaltung auf ein Maß, das in Bayern zum Teil schon vor 1918 überholt war! Es ist ersichtlich, daß die gleiche bayerische Regierung, die sich gegen alle einschlägigen Zentralisierungsbestrebungen im Reich so heftig zur Wehr setzt, innerlich ihres eigenen Machts, bereichs die Mithras der Zentralisierungsbestrebungen auf die Spitze treiben will.“

Die sozialdemokratische Presse, allen voran der „Vorwärts“, stimmte nach dem Siege des Volksbegehrens ein Zubehörsrecht an,

sächsischen Arbeiterpartei niederwarf und die sozialdemokratische Regierung Sachsens absetzte, wurde das sächsische Volksopfer von den nationalen Kreisen eingerichtert. Man lag der Öffentlichkeit vor, daß die Gelder gesammelt würden „zur Förderung der Not der Opfer der Inflation“. Nun bringt der Prozeß gegen den Reichsführer Dr. Meißner, den Buchhalter Köpfer, den Kassierer Gröbner, alle drei waren nationalsozialistische Männer, die erkranklichten Dinge tut. Das die Gelder für Gemeindeförderung verwendet wurden, kann kaum noch wundernehmen, nachdem man von vielen anderen Fällen her weiß, mit welchem Eifer sich die nationalsozialistische Großindustrie dieser Vorkriegsorganisationen annimmt. Von diesem wohltätigen Zwecken von den Volkswaffen eingekammerten Volksopfer erhielt der Jungbau 2900 Mark, der Wiltungsbund 1900 Mark, der Wirtschaftliche Rundendienst des Verbandes sächsischer Industrieller 6000 Mark, für den Nationalen Klub in Dresden wurden Rechnungen in Höhe von 27 000 Mark bezahlt. Der Dresdener Vaterländische Rundendienst erhielt 21 000 Mark, der Wehrwolf 3100 Mark, der Hochschulring deutscher Art 700 Mark, und als Herr Köpfer die Kosten eines Vorbereitungs nicht prompt bezahlen konnte, durfte er auch die „Ankäufer“ des Volksopfers mit 250 Mark aus den Mitteln, die zu wohltätigen Zwecken in Sachsen gesammelt wurden.

Bei der Vermögensaufnahme stellte es sich heraus, daß Meißner und seine sauberen Spießgesellen auch mit Sägen „unter vier Augen“ gesprochen hatten, um die Sache „in Ruhe zu ordnen“. Aus den Aussagen Meißners geht hervor, daß auch der Kronprinz an dem Skandal beteiligt ist. Er verweigerte jedoch nähere Angaben, da die Tatsachen „ein wirksames Agitationsmittel für die rote Presse zur Entweihung der Fürstenthümer“ werden könnten.

### Nielsenbetrug eines Landbund-Kapitän

Wegen Unterschlagung, Untreue und Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz stand gestern vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. D. der Direktor der Landbau-Verkaufsgesellschaft in Weppen, S. Hubert. Die Bank, eine Gründung des Landbundes, befindet sich in Konkurs. Mit dem Zusammenbruch der Bank sind eine große Anzahl von Mitgliedern der Landbau-Gesellschaft ruiniert, die man zum Teil erst zum Beitritt veranlaßt, als die finanzielle Lage der Bank bereits aussichtslos war.

### Ein jungdeutscher Stahlhelmführer als Brandstifter

Nach einer Protestmeldung aus Breslau ist als Brandstifter in Feuer in Schloßen der hochmeister des Jungdeutschen Ordens und Führer des Stahlhelms, Zentner, a. D. Schmidt, festgestellt worden. Als Kassierer der Fabrik hatte er seit längerer Zeit doppelte Buchungen vorgenommen. Um die Beträge zurück zu bekommen, so lassen, er hat an die im Kasse Raum die Bücher mit den Fälschungen und eignete sich bei dieser Gelegenheit außerdem noch 200 Mark an.

Der Sieg des Volksbegehrens ist der Bourgeoisie in die Knochen gefahren und sie ärgert nicht lange, schließt sie mit der Befestigung aus der letzten „demokratischen Volksreform“ zu beginnen. Bayern macht, wie immer, wenn es sich um reaktionäre Maßnahmen handelt, nur das Vorgehen. Wir haben bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch die bayerische Regierung, die bekanntlich von sozialdemokratischer Gnade lebt, mit ähnlichen Mäusen auf Verfassung und Verfassung des Wahlalters trägt.

Für die Arbeiterpartei gilt es deshalb, die Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Vorkriegsregierung auf die „Demokratie“ zu erheben. Die Arbeiterpartei kann sich nicht, wie die sozialdemokratischen Führer es wollen, beruhigt, in der Illusion an die „demokratischen Volksreform“ (solchen legen mit dem Glauben, der Volksentscheid kommt „von selbst“, nur weil etwas vom Volksentscheid in der Verfassung steht. Auch der Volksentscheid muß erst erklährt werden — wie das Volksbegehren. Die Bedingungen aus Bayern seien, so die Arbeiterpartei mit ihrem Kampfe einzulegen hat. Sie muß aufnehmen mit allen Monarchisten in Südtirol, Verwaltung und Polizei, sie muß insbesondere in gemeinsamer, geschlossener Front den Sieg der bayerischen Regierung erkämpfen, die Hand in Hand mit den reaktionären Fürstentümern in Bayern und im Reich durch Verfassungsänderung, Verfassungsbruch und diktatorische Maßnahmen jeden Widerstand der werktätigen Massen gegen weitere Verelendung und Ausbeutung niederschlagen will.

## Warum Volksentscheid für Landtagsauflösung in Sachsen?

Die linken SPD-Führer weisen — Die Arbeiter müssen handeln

Halle, den 6. April.

Wie wir bereits in der Sonnabendnummer kurz berichteten, hat die sächsische Landtagsfraktion der SPD, die im sozialdemokratischen Widerrecht im sächsischen Landtag ein Schreiben gerichtet, in welchem vorgeschlagen wird, die Landtagsauflösung durch einen Volksentscheid in die Wege zu leiten.

Wie stehen die Aussichten für die erfolgreiche Durchführung eines solchen Volksentscheides?

In Sachsen haben im Jahre 1922 die bürgerlichen Parteien bereits einmal ein Volksbegehren durchgeführt. Die ganze Aktion des Volksentscheides kam deshalb nicht zur Ausführung, weil sich der Landtag Ende 1922 selbst auflöste. Im Jahre 1924 hat der Landesparlamentarismus der SPD, und die sozialdemokratische Fraktionsminderheit bei der bayerischen Regierung einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für die Landtagsauflösung gestellt. Die Führer der linken SPD haben damals ihr Vorgehen nicht durchgeführt, sondern sie haben sich durch leere Versprechungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten selbst abspähen und ihren eigenen Antrag unter den Tisch fallen lassen.

Die Lechnit des Volksbegehrens in Sachsen ähneln sehr stark der des Reiches. Der Volksentscheid zerfällt in zwei Teile, in das Volksbegehren und den eigentlichen Volksentscheid. Beim Volksbegehren muß der zehnte Teil der Stimmberechtigten in Sachsen ihr Eintragen, bevor der Volksentscheid durchgeführt werden kann. Soll der Volksentscheid erfolgreich sein, muß die Hälfte aller Stimmberechtigten für den vorgeschlagenen Antrag stimmen. Bei der letzten Landtagswahl vom 6. November 1922 gab es in Sachsen 811 487 Stimmberechtigte. Es sind also 405 743 Eintragungen notwendig, um das Volksbegehren erfolgreich durchzuführen. Bei der letzten Landtagswahl erreichte die SPD, und SPD, zusammen 1 327 111 Stimmen. Beim Volksbegehren für die Fürstenernteigung wurden in Sachsen 1 542 000 Eintragungen durchgeführt. Das Volksbegehren hat allein in Sachsen für die Fürstenernteigung fast 100 000 Eintragungen aufgebracht, wie für den Volksentscheid auf Landtagsauflösung notwendig waren. Es fehlen lediglich 14 000 Stimmen.

Das sind ganz nüchterne Zahlen und Erwägungen, die jedem sozialdemokratischen Arbeiter einleuchten werden und die zeigen, daß die Frage des Volksentscheides für die Landtagsauflösung in Sachsen die bestenfalls sehr Aussicht auf Erfolg hat. Daß der Volksentscheid in dieser Frage durchgeführt werden will, ergibt sich aus zwei neuen Momenten, die von größter Durchschlagskraft sind.

1. Obwohl der Disziplinbruch der 23 Reichen so offensichtlich ist wie noch nie, obwohl die gesamte Organisation der SPD in Sachsen förmlich den Ausschlag der 23 Reichen verlangt, hat der „Vorwärts“ vom letzten Donnerstag eine nicht mißzuverstehende Antwort erteilt, indem er schrieb, daß der Ausschlag der 23 Reichen nach dem § 28 des Statuts nicht vollzogen werden könne. Genau so deutlich, nur noch etwas provozierender, äußert sich die neueste sächsische „Gewerkschaftszeitung“ zum Sachverhalt, indem sie höhnisch zu den Ausschlaganträgen gegen die 23 in Sachsen schreibt:

„Deshalb kann nicht in Sachsen eine Politik Verrat sein, die in Preußen und im Reich höchste politische Weisheit ist.“ Die sächsische „Gewerkschaftszeitung“ schreibt sich offen davon, daß es ein Unfinn wäre, zu glauben, daß die 23 Reichen ausgeschlossen würden.

2. Ein wichtiger Faktor, daß die Landtagsauflösung erzwungen werden muß, ist der Umstand, daß die gegenwärtige Regierung und der gegenwärtige Landtag ihre arbeiterfeindliche Politik nicht nur weiterführen, sondern noch verschärfen werden. Das ist darüber hinaus durch Zweidrittelmehrheit den normalen Termin der Auflösung, der im Herbst stattfinden, zu laborieren beabsichtigen. Die „Leipziger Volkszeitung“ vom Sonnabend glaubt, daß diese Verurteilung ein Hinweis auf die Kommunisten sei. In der heutigen Morgenzeitung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, dem offiziellen Organ der brennendwichtigen Reichs, wird zu dieser Frage „Verrat oder politische Weisheit“ in folgenden Sätzen Stellung genommen. Es heißt dort wörtlich:

„Die Kommunisten freilich stehen einem Verfassungsbruch auf. Sie behaupten, daß die gegenwärtige Koalition den Plan habe, die Wahlperiode des Landtags nach ein Jahr hinaus zu verschieben. Selbstverständlich sind solche Absichten bisher in der Regierung noch nicht erörtert worden. Wenn einige sozialdemokratische Blätter das aber für völlig ausgeschlossen hielten, dann möchten wir darauf hinweisen, daß es dazu lediglich einer Veränderung des Artikels 6 der sächsischen Verfassung bedarf, für die eine Zweidrittelmehrheit gegebenfalls leicht zu erreichen sein würde. So ausgeschlossen, wie die Antisozialisten das denken, ist der Fall also nicht.“

Sier wird also ganz gnädig und frech durch den Mund der Bourgeoisie und durch den Mund der 23 Reichen die Verlegung der Wahlperiode in Aussicht gestellt. Soll sich die sächsische Arbeiterpartei solche Dinge länger gefallen lassen?

Die Antwort, die die sozialdemokratischen Wähler in Sachen dieser auf unieren Vorstoß gegeben haben, ist völlig negativ. Selten aber ist die Position der Linken so unangenehm gewesen wie bei dieser Ablehnung. Die sozialistischen Führer befinden sich in einer doppelten Lage. Sie haben sich nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der Komplexität des Volkswirtschaftlichen in den letzten Voraussetzungen, daß der Sonntag im Herbst aufgelöst werde usw., aber das alles ist so unklar und trägt derart den Stempel der Verlegenheit auf, daß es nicht, daß ein Wähler nicht mehr zu halten ist, wenn der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter verfehlt eintritt. Wie die kommunistische Partei durch ihr Vorgehen in der Frage der entscheidungsgelassenen Entgegnung der Forderungen des Volkswirtschaftlichen erzwungen werden. Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Instanzen, die Einheitsfront, die sich gerade in Sachen zur Frage der Führerabfindung gebildet haben, müssen diesen Druck mit verschärfen helfen dadurch, daß sie sich noch in größerer Anzahl wie bisher bilden.

Nur dadurch wird und kann der Widerstand überwunden werden, den die linken Führer der SPD, in der Frage des Volkswirtschaftlichen für die Sonntagseinstellung in Sachen in ihrer Presse zu organisieren versuchen.

### Vor schweren Kämpfen in England Ein Appell an die Amsterdamer Internationale

(Eig. Drahtm.) London, 4. April.  
Die englischen Gewerkschaften haben ihre endgültigen Vorschläge formuliert, die betriebl. Lohnbedingungen, Lohnherabsetzungen und Beschäftigung der Arbeitslosen betreffen. Doch, der Scheitern der englischen Gewerkschaften, bedeutet die nächste Krise, als sie es ist. Auch die übrigen Gewerkschaften erklären übereinstimmend, daß nach diesen Vorschlägen der Gewerkschaft keine Hoffnung auf eine freundschaftliche Regelung besteht.

London, 6. April. Auf der Jahresversammlung der Nationalen vereinigten Union von Berufsgewerkschaften, Gewerkschaften und Handlungsgehilfen in Newcastle befaßten die Delegierten, die Vergleiche in ihrem Widerstand gegen weitere Lohnvermindierungen, Ausbeutung der Arbeitseisen oder irgendwelche Beschäftiger ihrer bereits belagerten Lage zu unterstützen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage im englischen Bergbau hat das Exekutivkomitee der revolutionären Opposition der englischen Gewerkschaftsbewegung an die Amsterdamer Internationale ein Telegramm geschickt, um sie von dem Beschluß der revolutionären Opposition über die Mobilisierung der gesamten englischen Arbeiterklasse zur Unterstützung der Bergarbeiter die ihr eingeschlossen seien. Das Telegramm enthält gleichfalls die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, Maßnahmen zu ergreifen, damit der Kampf der englischen Arbeiter nicht durch die Sabotage von auswärtigen Abweim werden kann. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wird ermahnt, gegen den englischen Kapitalismus den gemeinsamen Widerstand zu veranlassen, sobald der Kampf endemischen sollte. Die deutsche Arbeiterkraft weiß heute aus ihrer eigenen Erfahrung, daß eine Niederlage der englischen Bergarbeiter, herbeigeführt mit Hilfe ausländischer Streikbrecherkräfte, auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterkraft bedeuten würde. Lohnkürzungen, Arbeitszeiterweiterungen in England würden sich in kürzester Zeit auch in Deutschland auswirken. Die deutschen Bergarbeiter werden sich deshalb unter keinen Umständen zu direkten oder indirekten Streikaktionen zum Nutzen der englischen Bergarbeiter hergeben. Die Amsterdamer Internationale wird ermahnt, die notwendigen Verbindungen mit der Gewerkschaftsinternationale herzustellen, um den Ruf der englischen Arbeiter Folge zu leisten.

### Wahlserfolg der englischen Arbeiterpartei

(Eig. Drahtm.) London, 30. März.  
In einer Nachwahl im Wahlbezirk Rothwell errang die Arbeiterpartei einen durchschlagenden Erfolg. Die Wähler der Arbeiterpartei stimmten mit 538 gegen 138 für die konservativen Stimmen von 34 091 auf 8 740 zusammengefaßte Stimmen. Die Wahl drehte sich in erster Linie um den Bericht der Rohlenkommission. Die Bergarbeiter befürchteten mit Recht, daß durch die Annahme des Berichtes seitens der Regierung eine verstärkte Offensive der Unternehmer auf ihre Löhne unermittellich sein wird.

### Mussolini von Morgans Gnaden

Anlässlich der Debatte im amerikanischen Senat über das italienisch-amerikanische Schuldentabellen, das für Italien sehr vorteilhaft ist und von der amerikanischen Regierung gegen die Intervention der Opposition verweigert wird, berichtet der kommunistische „Daily Worker“ über die zuverlässigsten Quellen die bisher unbekanntes Vorgeschichte der Mussolini-Debatte. Mussolini, der von 1921 bis 1922 amerikanischer Botschafter in Rom war, erzielte vor einigen Wochen, wie er Mussolini zum italienischen Diktator gemacht hat. Es ist nicht im Sommer 1922 die „verdorrene Lage“ in Italien, die Ursachen eines revolutionären Vorstoßes der Arbeiterpartei sah, sondern er dem damaligen Außenminister in Washington, Hughes, daß in Italien ein Diktator notwendig sei und kommen mit der amerikanischen Regierung richtete an ihn die telegraphische Mitteilung, eine solche oder militärische Diktator kommen werde. Mussolini hielt darauf unter den möglichen Diktator-Kandidaten umher und kam zu dem Ergebnis, daß Mussolini der geeignetste Mann wäre, um die sozialistischen und kommunistischen Kräfte zu bändigen. Mussolini war zu dieser Zeit noch schwach, Mussolini hatte mit ihm eine ausführliche Unterredung, in deren Verlauf ihm Mussolini die gesamte Situation schilderte und seine Karten aufdeckte. Mussolini erklärte, seinen endgültigen Beschluß zum Ergebnis eines schicksalstauglichen Abkommens zu machen, er würde nach dieser Unterredung unternehmen Mussolini den „Marsch auf Rom“. Aus dieser Unterredung Mussolini durch den amerikanischen Botschafter ist auch erklärlich, daß die italienischen Banken und Großindustriellen seinen Plan unterstützten. Mussolini setzte dafür, daß die großen italienischen Banken rechtzeitig erhalte, daß die amerikanische Regierung seine Diktatur begünstigen wird.

Diese Vorgeschichte der Mussolini-Diktatur, die von Gnaden des Morgan-Bankens enthalten ist, ist nicht nur geeignet, manchen außenpolitischen Vorurteilen entgegenzutreten, sondern auch den sozialdemokratischen Appell, an die amerikanische Demokratie, die gegen Mussolini auftreten soll, in ein besonders komisches Licht zu stellen.

### Ein Sozialdemokrat gegen den Bitterbund

Der Wiener „Abend“ veröffentlicht eine Unterredung seines Mitarbeiters mit dem bekannten Schweizer Sozialdemokraten Robert Grimm, der sich über die Bitterbundspolitik folgendermaßen äußert: „Wir haben nicht den geringsten Grund, den Bitterbund als das anzusehen, als was er sich jetzt auch vor uns, die an Selbstverständlichkeiten leben, entpuppt hat: als Defund für den Eigenname der imperialistischen Regierungen. . . Aber wer von der irdigen Ansicht ausgegangen ist, daß die Verfallenen Friedensverträge ein Zeichen der Erklarung der kapitalistischen Weltmächte und eine Zeit der Ruhe und Stille des Kapitalismus einleiten würden, der müßte letzten Endes zu irigen Folgerungen kommen. Der Zusammenbruch in Genf ist ein Zeichen dafür, daß diese weltpolitische Weltlinie falsch war. Sie hat auch dann geführt, daß in Genf die Vertreter von sozialistischen Regierungen in die Kämpfe zogen, die einander entgegengegriffen sind, genau wie vor 1914. Und an der Seite Frankreichs und Englands und an der Seite Deutschlands. Es ist zu befürchten, daß es auch wieder so schlimm enden wird wie 1914.“

### Liebstehts Geist lebt!

### Massenaufmärsche der Jungarbeiterpartei im Reich

Jena, 5. April.  
Am Ostersonntag und Ostermontag fand in Jena ein Treffen der mitteldeutschen Jungarbeiter statt. In Jena hatte vor zehn Jahren ein diebische Zeit sich die Opposition in der Arbeiterjugend zu einer Bewegung zusammengefunden, die vom Genossen Karl Liebknecht geleitet wurde und die der erste organisatorische Ausdruck für die Forderung war, daß sich die Arbeiterpartei nicht durch den Krieg und die Kriegspolitik der SPD, beirren ließ, sondern nach wie vor die Forderung des Klassenkampfes, die 1916: Krieg dem Kriege erhob. Diese Konferenz im Jahre 1916 war die Geburtsstunde der kommunistischen Jugend.

Am Ostersonntagabend fand in einem großen Saale Jenas die offizielle Begrüßungsfest statt. Es referierte vor den vielen anwesenden Jungarbeitern der Genosse H., der selbst 1916 die Jenaer Konferenz zusammenbrachte und Karl Liebknecht organisiert hatte. In kurzen und ausführlichen Darlegungen schilderte er, wie in den zehn Jahren aus dieser Opposition die kommunistische Jugend entstanden ist.

Die Überbringer einer russischen Fahne an die Zeit-Zelle der Jugend in Jena, Reaktionen und kurze Ausführungen umrahmten die Rede des Genossen H.

Am nächsten Morgen (Montag) fand eine große Demonstration der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die aus Mitteldeutschland nach Jena geeilt waren. Angeführt 5000 Menschen beteiligten sich dem Demonstrationzug, überwiegend junge Arbeiter und Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes. Die Demonstration fand ihr Ende auf dem Marktplatz, wo der Genosse Hans Bed in Auftrag der Partei, ein Kamerad des KPD, Thüringens, ein Mitglied des Jung-Parvus-Bundes und ein Vertreter der Zentrale der kommunistischen Jugend zu den anwesenden Jungarbeitern sprachen. Mit dem Wappenschild der „Internationalen“ schloß die impotente Kundgebung.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 6. April.  
Der von kommunistischen Jugendverband nach Fürtenswalde für die Osterfeierlichkeiten einberufene Jugendverband wurde in einem gewaltigen Aufmarsch der arbeitenden Jugend, 15 000 Jugendliche demonstrierten unter dem Führen des kommunistischen Jugendverbandes. Sonntag abend fand auf dem Marktplatz in Fürtenswalde eine impotente Kundgebung statt.

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 6. April.  
In Chemnitz fand gestern anlässlich des zehnjährigen Bestehens des KPD, ein rotes Treffen statt, an dem aus Sachsen 15 000 Jugendliche und erwachsene Arbeiter teilnahmen. Mittags marschierte ein riesiger Demonstrationzug durch die Stadt und anschließend fand eine gewaltige Kundgebung statt.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 6. April.  
Aus den drei rheinisch-westfälischen Bezirken waren für die Osterfeierlichkeiten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen nach Düsseldorf gekommen, um an dem Demonstrationstag des KPD, teilzunehmen. Sämtliche Veranstaltungen nahmen einen glänzenden Verlauf. Am Sonntagvormittag fand im Apollo-Theater eine Kundgebung statt. Anschließend zogen die Jugendlichen in einem gewaltigen Zug durch die Stadt. Abends traten sie abermals zu einem Fackelzug durch die Stadt an. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

Die Kundgebungen der kommunistischen Jugend zu Ostern in allen Teilen des Reiches — die vorliegenden Meldungen sind noch unvollständig — zeigen, daß die kommunistische Jugend nicht die Traktion Karl Liebknechts vergessen hat, daß in ihr der Geist Karl Liebknechts lebendig ist. Aber die großen und glänzenden weltweiten Aufmärsche der Jugend dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Aufmärsche allein nicht die Fortführung des Werkes von Karl Liebknecht sind. Erst in der täglichen Kleinarbeit im Betrieb, in der Führung der gesamten Jungarbeiterpartei, in den Fragen des täglichen Betriebslebens wird es sich erweisen, ob die kommunistische Jugend die Aufgabe erfüllt, die ihr Karl Liebknecht gestellt hat. Wenn die Kundgebungen und Demonstrationen „Beim Jahre KPD“ dazu dienen, daß das eheliche Mitglied der kommunistischen Jugend seine ganze Kraft dafür einsetzt, im Betrieb und in den Gewerkschaften die gesamte Jungarbeiterpartei zu führen, dann erst sind diese Aufmärsche der Ausdruck für die Tatsache, daß die kommunistische Jugend ihre geistliche Aufgabe voll und ganz begriffen hat.

### Monarchistenkongreß in Bayern

Die „Welt am Montag“ meldet, daß in der Zeit vom 24. bis 26. März in München eine Zusammenkunft zwischen deutscher und ungarischer Monarchisten stattfand, an welcher 20 Delegierte teilnahmen. Es waren Vertreter der beiden russischen „Armen“, sowie der Königinwitwe aus Kopenhagen erschienen. Aus Ungarn war der Graf Andrássy gekommen. Die deutsche Monarchie wurde vertreten durch Rupprecht von Bayern und den Freiherrn von Wrttemberg. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame monarchistische Organisation über die vertriebenen Länder ins Leben zu rufen und für Ende April einen gemeinsamen Kongreß einzuberufen. Es verläutet, daß kurz nach Ostern eine Zusammenkunft an den italienischen Seen zwischen dem deutschen Erzkönig Rupprecht von Bayern und dem Großfürsten Czisch (I) stattfinden soll.

### Das Beamtenein der Linde-Hofmann-Werke niedergebrannt

Donnerstag abend brach in dem Beamtenein der Linde-Hofmann-Werke, Kankshauer bei Albstadt, Großfeuer aus. Das Gebäude, das 30 Familien umfaßt, ist vollständig niedergebrannt. Das gesamte Fabrik- und 14 Familien und 6 Leibigen ist verbrannt. Das in der Kriegszeit zum größten Teil aus Holz errichtete Haus gab den Flammen reiche Nahrung. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Meldung zeigt, in welchen Baracken ein großes Meer die Linde-Hofmann-Werke seine Beamten unterbringt. Von der Direktion wird verlangt werden, daß sie den Beschäftigten nicht nur ihren Schaden ersetzt, sondern auch dafür sorgt, daß sie eine menschenwürdige Unterkunft finden.

### Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) Bochum, 3. April.  
Wie jetzt folgen von 215 Schachtanlagen die Ergebnisse der Betriebsratswahl von 391 Schachtanlagen vor. Es sind im ganzen auf den 101 Schachtanlagen 25 000 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die Christen 12 000 Stimmen (48%), für den Bergarbeiter-Verband 10 115 (40%) im Vorjahre die Liste des Bergarbeiterverbandes und der Union zusammen 176 000, Christen 176 000.

Dunder 3 605 (im Vorjahre 2 828), Politische Berufsvereinigungen 1 249 (im Vorjahre 2 096), Syndikalistinnen 4 626 (im Vorjahre haben sie mit die Liste der Dunder- und Kopfarbeiter gewählt). Der kleine Restbestand der Stimmen des KPD, ist dadurch zu erklären, daß bei den Entlohnungen die Gewerkschaften zuerst die revolutionären Arbeiter auf das Straßensplaford geleitet haben.

Auf der Jahresanlange 1931 bis IV wurde ein Arbeiterfrühstück entlassen, weil er auf die Schachtanlagen Flugblätter des Bergarbeiterverbandes zu den stattfindenden Betriebsratswahlen verteilt hatte. Der Arbeiter war Betriebsrat der Schachtanlage und war auch wieder als zweiter Kandidat für die jetzige Wahl vorgeschlagen.

Die am 23. April stattgehabene Jahreshellen-Mitgliedserversammlung des Bergarbeiterverbandes nahm einstimmig eine Resolution an, die vom KPD, verlangt, sofort Maßnahmen einzuleiten, um den immer weiter um sich greifenden Betriebsverfallungen und Entlohnungen Einhalt zu gebieten. Dazu fordert sie die sofortige Einberufung eines Betriebsratskongresses aller freigezeugschaftlichen Betriebsräte unter Führung von Vertretern der Gewerkschaften.

### An die Angehörigen der politischen Gefangenen

Durch eine Verordnung des preussischen Justizministers vom 3. März 1928 sind gewisse Änderungen in der Behandlung der Gefangenen eingetreten. Besonders genannt wurden in der Verordnung in Absatz 2: Der § 113 Absatz 6, Satz 2 der Dienstordnung erhält folgende Fassung: Das gleiche gilt von Schreiben an Vereinigungen oder Einrichtungen, die sich der Gefangenenfürsorge widmen, von Schreiben an andere wie die in Satz 1 genannten Behörden, an Rechtsbeistände, Notare und Mitglieder des Kreisvereins oder des preussischen Landtags. Absatz 3: Der § 113, Absatz 7 der Dienstordnung erhält folgenden Wortlaut und lautet: Satz: Sind in einem der in Absatz 6, Satz 1 und 2 erwähnten Schreiben unrichtige Angaben über Anhaltswirtschaftliche oder Anhaltswirtschaftliche enthalten, so kann der Vorsetzer auf einem beizugehenden Blatt diese Bezeichnungen richtigstellen. Glaubte der Vorsetzer den Brief eines Gefangenen an eine der in Absatz 6, Satz 2 genannten Stellen oder ein Schreiben dieser Stellen an einen Gefangenen beanstanden zu sollen, so ist die Einlieferung der Anhaltswirtschaftliche einzuhalten.

Daraus ergibt sich, daß Gefangene, gleich, in welcher Kategorie, Schreiben an Angehörige des preussischen Landtags oder des Reichstages richten können, ohne daß die Zahl dieser Briefe in einem Monat einschränkt werden dürfen; 2. daß die Juristen die Anhalten sich auf diese Schreiben in nicht darin ausdrücken darf, daß Fälle oder auch der ganze Brief zurückgeschickt werden. Der Brief des Gefangenen muß also unter allen Umständen weitergeleitet werden und der Anhaltswirtschaftliche darf nicht in einem besonderen Schreiben richtigstellen.

Wir bitten die Angehörigen politischer Gefangener, dies ihnen mitzuteilen. Juristische Zentralstelle der kommunistischen Landtags- und Reichstagsfraktion.

### Kleine politische Nachrichten aus aller Welt

#### Fliegerangriff auf Peking

(APB.) Peking, 3. April. Heute vormittag überflogen Bombenflugzeuge der „verbrühten“ Japaner Peking mit dem offensichtlichen Ziel, das Hauptquartier der Kuomintang-Armee anzugreifen. Vier Bomben fielen auf das Gelände des Winterpalastes in der Nähe der französischen Mission an der Kathedrale Platz. Weiter vier Bomben wurden im chinesischen Viertel abgeworfen, die mehrere Häuser beschädigten. In einem chinesischen Jagdflugzeug, der gerade die beherrschende Straße passierte, wurde die Braut der Bombenopfer getötet.

In der Umgebung der Stadt hat ein Flugzeug der mandchurischen Truppen zwei Bomben abgeworfen, um die Eisenbahnlinie zu zerstören.

#### Polen rüstet gegen Sowjet-Rußland

(APB.) Paris, 3. April. Die „Humanität“ berichtet, seit Beginn des Jahres 1923 bis heute seien alle drei bis vier Tage von Bahnhof Alvers für Polen bestimmte Waggons abgemacht. Die Waggons sind mit allem Flugzeugen und Panzerfahrzeugen beladen, die abgemacht sind. Die Waggons sind an die polnische Mission gerichtet und an die polnische Basis in Cherbourg abgeholt. Das kommunistische Blatt spricht die Vermutung aus, daß Polen dieses Kriegsmaterial gegen Rußland verwenden könnte.

#### Beerbigung der Opfer der polnischen Blutpolitik

Warschau, 3. April. (Eig. Drahtm.) Gestern fand in Straj anlässlich der Beerbigung der acht Opfer der Polzeimörder, die am 31. März auf mehrere arbeitslose Demonstrationen feuerten, ein Kleinemonstration statt. Aus allen Teilen des Landes erschienen zahlreiche Arbeiterdelegationen, die am Grab der Opfer Reden hielten. Die Hauptredner waren der polnische kommunistische Abgeordnete Gohski und der ukrainische kommunistische Abgeordnete Paszucz. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuchel hat sich nicht für nötig gehalten, sich vertreten zu lassen.

Beim Blutbad in Straj wurden insgesamt zehn Arbeiter erschossen. Nach der Demonstration wurden Märschparaden vorgenommen die Gewerkschaftsbüros beschädigt geschloßen. Die Regierungsgebäude sind durch Militärkräfte geschützt.

#### Amerikas Eintritt für den Bitterbund

(APB.) New York, 3. April. Nach einer Meldung der „Associate Press“ aus Washington ist Coolidge der Ansicht, daß die Einladungen des Bitterbundes zu der im September in Genf stattfindenden Weltgewerkschaftskonferenz nicht angenommen werden sollten. Die Senatsvorbehalte sprächen für sich selbst, deshalb sei es un nötig, eine Delegation nach Genf zu entsenden, um dort diese Vorbehalte zu erläutern. In Anbetracht dieser Fassung wird in Weihen Haus erklärt, es scheint richtig, daß die gestern eingegangene Einladung des Bitterbundes demselben abgelehnt werden werde.

#### Blutbad im Erzgebirge

(APB.) Saigob, 3. April.  
Reichliche Tante traten gestern vormittag an der Grenze zwische Spanien und Frankreich in Arzon, als große Tante für die Verteidigung eines Grenzpostens oblag. Der Feind überfiel den Posten und die Grenze des Erzgebirges. Die reichlichen Tante fügten den eindringenden Stämmen schwere Verluste zu als diese ergriffen, daß der Feind unter Zurücklassung von 45 Toten entwich.

#### Unruhen in Indien

Kalkutta, 4. April.  
Heute ereignete sich weitere vereinzelte Unruhen. 22 Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Eine Anzahl mohammedanischer Geschäfte wurde geplündert. London, 5. April.  
Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Kalkutta ist nach den letzten Nachrichten bei den Unruhen in Kalkutta 50 Personen getötet und 600 verwundet worden.

# Resolution der VI. Erweiterten Exekutive der KPD zur Zeit der Krise

Wir veröffentlichen nachstehend die Resolution der Erweiterten Exekutive zur Zeit der Krise, trotzdem in ihr noch ein von Genossen einwirkender in der Kommission gestellter und einmütig angenommener Zusatzentwurf zur Einheitsfronttaktik steht. Sobald diese Formulierung in unseren Händen ist, werden wir sie sofort veröffentlichen. Wir ersuchen alle Parteien und Organisationen, die Resolution zur Grundlage einer einheitlichen ideologischen Schulungsarbeit zu machen.

## Die Lage in Deutschland

Die jetzige Lage in Deutschland wird vor allem durch die scharfe wirtschaftliche Krise, die als Notlage mit allen Begleiterscheinungen auftritt, charakterisiert. Diese Krise hat zwei Seiten: einerseits die allgemeine Krise der ganzen deutschen Wirtschaft, die durch die internationale Lage Deutschlands, Verlust der Friedensvertrag und Dawes-Plan hervorgerufen ist. Deutschland hat seine Kolonien verloren, die Wirtschaftsmöglichkeiten sind durch die Zollpolitik vieler Staaten fast eingekerkert; andererseits ist Deutschland gezwungen, Voraussetzungen für die Realisierung der Reparationszahlungen zu schaffen, d. h. die Produktion zu erweitern. Dies geschieht im Widerspruch zu der starken Einschränkung der auswärtsigen Wirtschaftsmöglichkeiten und der sehr verminderten Kaufkraft der Bevölkerung. Gerade jetzt, was in der allgemeinen Wirtschaftskrise zum Ausdruck kommt.

Als Versuch der Überwindung dieser Tendenz erscheint die zunehmende Ueberforderung (besonders die Amerikanisierung) der deutschen Wirtschaft und die großen Anstrengungen der deutschen Bourgeoisie, ein Anstreben des höchsten Produktionsgrades herbeizuführen (Einführung der weniger rentablen Betriebe, Einschränkung des Produktionsapparates, Intensivierung der Arbeit, technische Reorganisation der Betriebe, weitgehende Sündifizierung und Verinselung, Verlängerung der Arbeitszeit, Verminderung der Löhne usw.). Die Wirtschaft aber führt zu weiteren Verarmung der Massen, zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit, zur weiteren Verminderung der Nachfrage und also — wenigstens für die nächste Zukunft — zur Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Unter der Führung des ausländischen Kapitals verdrängen jetzt die Trusts und Kartelle, die sich die Ziele des Brugges als die Schulden der breitesten Massen abzugeben, den Kampf der Reichsregierung, die Zollpolitik, die Steuerpolitik, die Expropriation des Mittelstandes, die Verarmung erheblicher Teile der werktätigen Bauern infolge Steuerlast und Agrarkrise, der Abbau der Sozialpolitik und die Öffnung gegen die Arbeiterschaft. Damit steht die Arbeiterschaft und Verdrängung der breiten Schichten im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Probleme in Deutschland.

Die Unmöglichkeit, die Grundverhältnisse der allgemeinen Situation zu lösen, die Komplikationen, die geschaffen wurden durch den Vorenbruch — (einseitig) der gegenwärtigen Ausweg andererseits die weitgehende Verarmung Deutschlands unter dem Joch des Auslandskapitals, die Wirrungen der Wirtschaftskrise —: all das führte zur politischen Krise in Deutschland.

Auf der Basis dieses Krisenstandes entwickelt sich der große Umgruppierungsprozess innerhalb der Arbeiterschaft. Die große Masse der Arbeiterschaft streift sich dem Kampf der Reichsregierung immer mehr auf den Boden des einheitlichen Kampfes. Die Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hingegen verhalten sich zurück und treten in Gemeinschaft mit den regierenden Finanzkapitalisten die Arbeiterschaft zu spalten, einen Teil der Arbeiterschaft nach dem Arbeiterpartei und dem anderen Teil des amerikanischen Gewerkschaftsbundes — die Arbeiterlogar von jeder Idee des sozialistischen Kampfes zu befreien (Propaganda des sogenannten „Amerikanismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung). Dieser offene Verrat an den Interessen des deutschen Proletariats und der breiten Schichten der Arbeiterschaft unterdrückt aller wichtigen Maßnahmen der Bourgeoisie (namentlich z. B. das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit dem Memorandum der sozialdemokratischen Reichsregierung und der Denkschrift des ADGB). Arbeiterschaft aber entwickelt sich die linke Strömung in den breiten Schichten der Arbeiterschaft, auch innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Die Opposition in den Gewerkschaften und im ganzen Reich, die Opposition im Reichsbanner, die Erwerbslosenauflösung, die linken Strömungen in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der Differenzierungsprozess in den Reihen der Reichsregierung usw. — all das sind Symptome einer tiefen Wägung in der Arbeiterschaft. Die Unmöglichkeit des von Gnaden des ausländischen Kapitals abhängigen bürgerlichen Deutschlands einerseits, die fortschreitende wirtschaftliche Entwidlung der Konjunktur, die Arbeiterdelegationen und ihre Wirksamkeit in Deutschland andererseits — wirken in diesem Sinne. Die Idee der Einheit der Arbeiterschaft im Kampf gegen das Kapital rückt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft.

## Der Kurs auf die Gewinnung der Massen

Diese allgemeine Lage bestimmt die Hauptaufgaben unserer Partei. Der einzige wirksame Ausweg für das deutsche Proletariat ist die Weg keine Befreiung des deutschen Proletariats vom Joch heimischen und des ausländischen Kapitals. Der einzige Ausweg aus der Sackgasse des wirtschaftlichen Niederganges, der Herabsetzung der Lebenshaltung, der permanenten politischen Krisen, der Verflüchtigung und halbtotalitären Lage Deutschlands, — ist der Weg des Sozialismus.

Die Arbeiter- und Bauernregierung als Befreiung der Sowjetmacht ist jetzt die Parole der proletarischen Avantgarde. Diese Parole kann man nicht verwirklichen, ohne die große Mehrheit des Proletariats hinter sich zu haben. Die KPD muß immer als politische Träger und politische Befreiung der Einheitsfront innerhalb der Arbeiterschaft auftreten. Die einzige Arbeit in den Gewerkschaften, die Taktik der Einheitsfront, die Aufstellung und der Kampf um Zielsetzungen, die von der breiten Masse des Proletariats anerkannt werden können, ist unter den jetzigen Bedingungen die einzig richtige Taktik. Die Intensivierung innerhalb der Arbeiterschaft ist eine der wichtigsten Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands. Es ist die Aufgabe der Partei, zur Förderung dieser Entwidlung alles für die Mobilisierung der Kräfte des gesamten Proletariats zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu tun.

Das Ziel der Einheitsfronttaktik besteht darin, je weiter wir so große Massen in die tätigen Kampfe gegen die Bourgeoisie zu führen, je von den antiproletarischen Einflüssen der Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu befreien, die breiten Massen allmählich für die Ziele der Kommunisten zu gewinnen und am Ende die gesamte Arbeiterschaft auf den Boden der Kommunistischen Internationale zu bringen.

Die Kommunistische Partei muß bei allen Tagesfragen der Arbeiterschaft viel lauter und energischer auftreten, verstehen, als die Sozialdemokratie. Dabei muß die KPD gleichzeitig durch ihre Praxis dem Proletariat beweisen, daß sie zum Unterschied von der Sozialdemokratie, welche dem Proletariat die Forderungen der Arbeiterschaft, diesen ihren Kampf muß die Partei in Einklang bringen mit den allgemeinen revolutionären Zielen der Partei. — Die Erweiterte Sitzung des ZK der KPD, konzentriert mit Genugtuung, daß es der KPD, gelangen ist, große Kampagnen durchzuführen, breite Massen der werktätigen zu mobilisieren und damit die Basis zu schaffen für weitere Maßnahmen des zur Einheit strebenden Proletariats.

## Die ultralinken Tendenzen

Die große Störung auf dem Wege der Partei zur Eroberung der Massen war im letzten Zeitabschnitt und ist noch immer die ultralinken Ideologie gewisser Parteigruppierungen, die nur vor dem wachsenden und der Taktischen sowie vor dem Druck der Kommunistischen Internationale immer stärker zurückweichen. Die Ultralinken verfolgen völlig die marxistische Lehre, die besagt, daß die Taktik durch die jeweilige objektive Lage bestimmt wird. Sie waren völlig unfähig, das Neue zu bemerken, geschweige denn, es richtig zu analysieren, und übertrugen infolgedessen ganz mechanisch die von Plechanow und den russischen Sozialdemokraten im Jahre 1903 in der Frankfurter Parteitagung kämpfte man hartnäckig gegen den Standpunkt der KPD in der Gewerkschaftsfrage; während des 5. Weltkongresses war man gegen die internationale Einheitsfrontkampagne, und man mobilisierte das mit der Begründung, daß diese Taktik angeblich in Einklang mit der russischen Revolution sei und hätte für die Machonal-Regierung bedeutet; man hat sich nicht verstanden, richtige Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu finden. So erschien die Ultralinken als wichtiges Stützmoment im Prozeß der Eroberung der Massen.

Besonders muß der ganze Fall des sozialdemokratischen Kern dieser Ideologie festgestellt werden, die ganz offen liquidatorische Ziele hat. Man spricht über den russischen „roten Imperialismus“ in voller Uebereinstimmung mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse; über die Möglichkeit eines 4. August 1914 für die KPD, über die angebliche Bindung des ZK an Plechanow, über die japanischen Imperialismus, über „russische Staatsmonopolisten“ in der Sache des anglo-russischen Einheitsfrontes (alles das sagt Genosse Korsch); man spricht davon, daß die „neue Taktik“ (d. h. die richtige leninistische Taktik) gleichbedeutend mit dem ungenauen Kern des Lehres des russischen Sozialismus sei; man behauptet die Begründung über einen Zusammenhang unseres Kampfes für die internationale Einheitsfront mit dem angeblichen Eintritt der Sowjetunion in den Balfourplan (Kursch); man stellt über Dinge von „welthistorischer Bedeutung“ im Sinne eines angeblichen Bündnisses der KPD mit Plechanow, daß der „Bolschewismus“ ausgetrieben ist und daß der „5. Weltkongreß in Krimmeln liegt“, und nicht nur er, man fragt, „was wird aus der Kommintern werden“ (Kursch).

Diese und ähnliche Behauptungen, die aus der letzten Zeit stammen, heißen notwendig die Taktik der Einheitsfront, die Ultralinken, die im Offenen Brief des ZK der KPD an die deutsche Partei geäußert wurde. Dort heißt es: „Die sogenannte ultralinken Tendenz ist manchmal nur ein Desmanet für die sozialdemokratischen, reformistischen, „leninistischen“ Stimmungen, die sich in einem beträchtlichen Teil an der internationalen Arbeiterschaft zu vernehmen drohen.“

Der bürgerlich-sozialdemokratische Umpolung solcher geistigen Strömungen liegt klar zu Tage. Die KPD erklärt, daß gegen diese liquidatorische Ideologie alle gesunde Kräfte der Partei mobilisiert werden müssen, um sie vollständig auszurotten.

Das Problem der Umpolung der Umpolung ist auch jetzt noch für einige ultralinken Gruppierungen und einige Führer unverständlich. Maslow hat geschrieben, Lenin habe große Fehler auf dem 5. Weltkongreß gemacht und den Charakter der deutschen Partei völlig verkannt; Kursch spricht in seinen Flugblättern, die die Taktik der Partei ist die Taktik des Jahres 1914; Genosse Schöten spricht über die Einheitsfrontbewegung in Berlin als „Führer-Politik“ schlechterer Sorte; Kursch spricht über die „Gewalt“ über den linken Flügel; er schreibt mit Söhn und Verachtung über die Kampagne der Partei für den Reichstag, der auf dem 5. Weltkongreß, nachdem der „Einheit der Arbeiter“ behauptet, daß der Offene Brief die Partei den Rechten ausreißt usw.

Die Ultralinken ist also wirklich das störende Element. Die KPD muß diese ideologische Krankheit restlos überwinden, um tätig und wirksam zu sein, die Massen zu gewinnen. Die Ueberwindung der ultralinken Tendenzen heißt eine wichtige Parteiaufgabe, dann ist es begründet, daß nach einer Reihe der schwersten Niederlagen, nach einer Reihe der bittersten Enttäuschungen es Arbeiter gibt, die glauben, die jetzige Politik der Partei ist richtig. Man muß sie überzeugen und ihnen zeigen, wie die Politik der Ultralinken unvernünftig zur Auflösung von der Masse, zu KPD-Stimmungen und sogar objektiv zum direkten Liquidatorium führt.

Die Erweiterte Exekutive stellt fest, daß unter dem Druck der Arbeiter die Fraktion der Ultralinken in den Prozeß der Selbstauflösung eingetreten ist. Geringere begann die KPD zu betreten, indem sie erklärte, sie seien mit der politischen Linie der Parteizentrale und der Kommintern einverstanden. Andererseits sind Strömungen, die die Ultralinken Fehler bis zum offenen Parteiverfall einmündet haben (Korsch), aber die Gefahr laufen, sich diesem Weg zu gelangen (Korsch). Die Exekutive drückt die Hoffnung aus, daß die ultralinken Arbeiter verstehen werden, welcher Schaden der Partei droht, wenn sie nicht die ultralinken Tendenzen restlos überwindet.

## Die Gruppe Maslow-Kursch-Fischer

Die Kursch-Fischer-Gruppe ist das schwanenbunte, halblose Element in der kommunistischen Partei Deutschlands. Die geistige Basis dieser Gruppe ist der Glaube in die kommunistische Partei, in die Arbeiterbewegung und die proletarische Revolution. Aus diesem Grunde sollte Maslow die Verfechter einer jahrelangen Verhinderung der deutschen Revolution auf und verwarf sie sogar (vergleiche seine Ansage vor Gericht) zu beweisen, „daß man nicht Sonderrecht sein könne bei einer solchen Perspektive“. Aus diesem Unglauben heraus behauptete Kursch Fischer, daß die deutschen Kommunisten sich nicht als die Träger der Zukunft fühlen, sondern als die Exekutioner, die dabei sind, weil es anfänglich ist, daß „eine perfekte Liquidatorienstimmung auch in der Masse der Mitgliedschaft selbst“ steckt, „die Massen aus dem Alltag flüchten“ usw. usw.

Dieser Standpunkt führt die Niedergangsstimmungen des rassistischen Reichstages aus, nicht aber der beginnenden Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei.

Auf dem Boden einer solchen Ideologie ist es vollkommen unmöglich, eine feste und klare Politik durchzuführen. So erklärt sich das fortgesetzte unvernünftige Schwanken dieser Gruppe. Auf dem Frankfurter Parteitag schwand die Gruppe Maslow-Kursch Fischer in den wichtigsten Fragen zwischen der Linie der Kommintern und den ultralinken Gegnern dieser Linie.

Als die Ultralinken in April 1923 zum offenen Kampf gegen die Kommintern übergingen, hat die Gruppe Kursch Fischer, so wie sie mit ihnen, um nicht die Führung der Partei zu verlieren. Nach diesem „Bruch“ wurden die Schwankungen nicht geringer, sondern nur noch größer und häufiger.

Der letzte (Berliner) Parteitag war ein einziges Schwanken zwischen der Kommintern und der Ultralinken. Schließlich wurde die Gruppe Kursch Fischer mit den Ultralinken, die sie eben noch befreit hatte, zum gemeinsamen Angriff auf die Kommintern. Darauf antwortete die Exekutive mit dem Offenen Brief an die Mitglieder der kommunistischen Partei vom August 1923. Kursch Fischer unterzeichnet diesen Brief und damit die Verurteilung ihres eigenen Verhaltens.

Sofort nach der Rückkehr der deutschen Delegation organisierte sie jedoch den unterirdischen Kampf gegen die Linie der Kommintern und der fraktionellen Kleinigkeit gegen die neue Parteiführung. In diesem Kampf haben Kursch Fischer, Maslow, Fischer und Zentralkomitee, die wichtig unter der Leitung der Gruppe Kursch Fischer standen, letzten zunächst den Offenen Brief ab. Erst unter

dem Druck der Mitgliedschaft nahmen sie nach längerem Schwanken den Brief an, letzten aber den Kampf gegen das Zentralkomitee auf der ganzen Linie fort. Unter Führung Kursch Fischers wurde eine Opposition gegen den nachfolgenden wichtigen Beschluß des Zentralkomitees, die Restimmen der Berliner Arbeiterdelegationen wählen durch die Einheitsfront mit der KPD zu verwerfen, organisiert. Kursch Fischer führte in einer Reihe mit der Berliner Arbeiterschaft, die die Gruppe Schöten den Kampf gegen die Politik. Ebenso befaßte sie die Maßnahmen des ZK zur Durchführung des neuen politischen Kurzes, zur Herabsetzung der ehemaligen Opposition — das alles gemeinsam mit der ultralinken Gruppe von Schöten bis Korsch.

Erstellte die Fraktion Kursch Fischers die zum Erscheinen des Offenen Briefes eine „Mittelgruppe“ zwischen der Kommintern und den Ultralinken dar, so veränderte sie sich während der letzten Parteistufe immer mehr zu einer „Mittelgruppe“ zwischen dem ZK, der KPD, und den ultralinken Elementen.

Kursch Fischer steht in mehreren wichtigen politischen Fragen noch den Auffassungen von Korsch, namentlich in ihrer Veranschaulichung der deutschen Arbeiterbewegung, in ihrem ontologischen-wissenschaftlichen Verhältnis zur russischen Revolution und zur internationalen Politik des Sozialismus, in der Vorbereitung der jetzt lebenden Lege von der angeblichen „Rechtsabwendung“, d. h. opportunistischen Entzerrung der KPD, und der Kommintern.

Gleichzeitig mit dieser laßlichen Verhältnisse der entkommunistischen Propaganda, „solbifiziert“ Kursch Fischer in Worten mit allen Beschüssen der Kommintern und mit der politischen Linie des deutschen ZK. Sie erklärt, „daß man den Kampf gegen die Ultralinken führen müsse.“

So machte die Fraktion Kursch Fischer wirkt zersetzend und zerstörend auf die kommunistische Partei.

Solange diejenigen, die eine solche Methode anwenden, als Führer der kommunistischen Partei gelten können, wird die Haltung der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter vor den Kommintern, wird das Vertrauen der kommunistischen Parteimitglieder zu der Führung der eigenen Partei geteilt.

Die gesunde Entwidlung, die Normalisierung, das Wachstum der KPD, erfordern daher die rasche Liquidierung der Fraktion Kursch Fischer mit ihrer doppelten Wahrung in der Politik, mit ihrer ungenügenden Haltung als eine zu laugen und etwas anderes zu tun.

Ihre Prinzipienlosigkeit, ihre parteiführende Diplomatie erschüttern das Vertrauen der Parteimitglieder zur Führung der führenden Kadern untereinander und gewisser Teile der Partei zur Kommintern.

So machte die Fraktion Kursch Fischer politisch, organisatorisch und moralisch Bankrott.

Anfolge ihrer fortgesetzten Schwankungen zwischen der kommunistischen Internationale und den am wenigsten geistigen ultralinken Teilen der deutschen Parteimitgliedschaft, infolge der Verletzung der Führung und Gleichheit der Partei durch eine halboffene Demagogie, verlor die Gruppe Kursch Fischer sowohl das Vertrauen der kommunistischen Internationale, als auch der linken Parteimitgliedschaft.

Die Erweiterte Exekutive stellt mit Entzerrung fest, daß Kursch Fischer die Parteimitglieder, die sie durch seine Unentschiedenheit des Offenen Briefes eingetauscht worden hat. Die Exekutive der Kommintern und das ZK der deutschen Partei hat Kursch Fischer die volle Möglichkeit gegeben, ihre Fehler zu korrigieren und durch die Tat zu beweisen, daß sie zur Arbeit in der kommunistischen Internationale bereit ist.

Kursch Fischer hat trotzdem ihre desorganisierte Tätigkeit, ihren Kampf gegen die Politik der Kommintern fortgesetzt.

Die Erweiterte Exekutive erklärt, daß das Feld der kommunistischen Parteiarbeit allen Mitgliedern der KPD, offenheit, insbesondere allen denjenigen Angehörigen der Partei, die ultralinken Gruppierungen, die nicht nur durch die Erklärungen, sondern durch die Tat beweisen, daß sie die Politik der Kommintern und der deutschen Parteiführung aufrichtig unterstützen.

Die Anhänger der Gruppe Maslow-Kursch Fischer müssen sich entscheiden zwischen der Politik des ZK, und der Methode der opportunistischen Opposition, einen Zusammenstoß, eine Mittelgruppe zwischen diesen beiden Standpunkten gibt es nicht.

## Die Ueberwindung der rechten Tendenzen

Die Erweiterte Exekutive weist darauf hin, daß auch weiterhin Gefahren rechter Ueberrückungen in der KPD, bestehen. Gegen sie muß ein entschlossener Kampf geführt werden. Die neue Führung der KPD, hat jede rechte Abweichung sofort, wie sie auftaucht, mit den höchsten Mitteln bekämpft. Das zeigt der Ausschluß Schöten's — nur die Genossen Schöten und Schwan stimmten nicht für diesen Ausschluß —, die Beurteilung des opportunistischen Verhaltens der Disgruppierung Zeit und der Wahl des Sozialdemokraten Mitglied der kommunistischen Einheitsfrontung durch die Parteiführung in Baden, die Aufstellung gemeinsamer Listen bei Gemeinderatswahlen in einigen ländlichen Orten Württemberg (zeitweise Einstellung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie), die Korrektur einer Reihe kleinerer rechter Fehler.

Gerade im Interesse eines wirksamen Kampfes gegen fanatische Reaktionen der rechten Ueberrückungen muß den angeblichen „Rechtsabwendung“ entgegengetreten werden, denn es dient nur dem Opportunismus. „Der Kampf gegen den Zentrismus übertrifft, nicht den Zentrismus“ (Rede Lenins auf dem 3. Weltkongreß).

Die Erweiterte Exekutive erklärt, daß nur eine völlige Verankerung der neuen Lage und der neuen Aufgaben der Partei zu der Auffassung führen kann, als bedeuende der jetzigen Kurs der KPD eine Rückkehr zu der alten Parteifolge vor dem Oktober 1923. Die Partei geht nicht nur nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts. Der Kampf der gegen die Brandler-Gruppe geführt wurde, wird durch die Arbeit in der Führung der KPD, nicht aufgehoben, sondern seine Ergründlichkeiten werden nur gestärkt. Diese Aufgabe kann durch nichts aus dem Bewußtsein der deutschen Parteimitgliedschaft ausgelöscht werden.

Die allgemeine Lage, die langsame Entwidlung der Revolution, die Prüfung neuer Waffen zur Partei bringen opportunistische Gefahren mit sich. Besonders stark können solche Gefahren hervorgerufen bei der Arbeit der Kommunisten in den Parlamenten, in den Kommunen, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften usw. Die Erweiterte Exekutive erklärt, daß die Parteiführung die ultralinken und opportunistischen Tendenzen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen und bekämpfen wird.

Die Erweiterte Exekutive stellt fest, daß die Gruppe E. Meyer ihre wichtigsten früheren Fehler anerkannt und in ihrer Parteiarbeit wesentliche Schritte getan hat, um diese zu korrigieren und sich dem richtigen sozialistischen Standpunkt der jetzigen Parteiführung zu nähern. Sie muß weiterhin ganz offen und unabweisbar von allen Rechten der früheren fraktionellen Einstellung Abstand nehmen und der Partei zeigen, daß sie sich nicht nur in allgemeiner Form, sondern auch in ihrer praktischen Einwirkung auf den einzelnen Parteimitgliedern und innerparteilichen Organen der Brandler-Richtung untersteht. Insbesondere muß Genosse Meyer die Unrichtigkeit seiner Behauptung erklären, daß nicht er sich dem ZK der Partei genähert habe, sondern daß das ZK sich ihm politisch genähert habe, d. h. nach rechts gerückt sei.

## Die Führung der KPD.

Die gegenwärtige Führung der KPD, ist im Kampfe gegen die rechten Strömungen und im Kampfe gegen die ultralinken Fehler erklärt. Die Arbeitergruppe, die an der Spitze der KPD steht, ist der Kern einer wirksamen leninistischen Parteiführung.







# Die Betriebsräte

## Die Betriebsräte im Wittenberg-Betriebler Industriegebiet eine unerschütterliche Position der Gewerkschaftsopposition.

**Sprengkraft-Werte Kleinod:** Da auch in diesem Jahre neben der von den freien Gewerkschaften angeführten Betriebsratsliste eine andere Liste in die Eingetragenen wurde, galt diese am 30. März als gewählt.

**Der Angestelltenrat** umfasst 5 Ehe und 4 Arbeiter. Der **Arbeiterrat** 13 Ehe. **Sämtliche Mitglieder** des **Arbeiterrates** sind **Kommunisten**.

**Schlaflose Nächte** während die von dem Designationsrat angeführten Betriebsräte für den Angestelltenrat aufgestellte Liste erfüllt eine jämmerliche Miß. Während die Liste der freien Angestellten 3 Ehe erhielt, plumpierten die designationslosen Jünger unter durch.

**Der Arbeiterrat** umfasst 14 Mitglieder. Neben der freigebergschaftlichen Liste wurde keine weitere aufgestellt. Von denen am 31. März gewählten Mitgliedern des Arbeiterrates gehören 10 der SPD, an 2 der SED, 2 Mitglieder sind parteilos.

**Gummi-Werte Betriebler:** Der Angestelltenrat besteht aus 3 Mitgliedern der freien Gewerkschaften. Der Arbeiterrat aus 7 Kommunisten und 2 Parteiloßen. Auch hier nur eine freigebergschaftliche Liste.

**Schiffbauwerkstatt Wittenberg:** Hier ist der Wahlausfall zum Betriebsrat für die freien Gewerkschaften ungünstig verlaufen. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 2 Mitglieder, die Liste der Unorganisierten 4 Vertreter in den Arbeiterrat. Die Ursachen für die Verschlechterung werden in einer demnächst erscheinenden Notiz näher beleuchtet werden.

**Amundorfer Papierfabrik:** 3 APD, 1 Sympathisierender.

**Preßberg-Brauerei:** Halle: 5 freigebergschaftlich, davon 3 APD, 2 unorganisiert, Halle: 1 (freigebergschaftlich) 66 Stimmen, 4 Ehe; Liste 2 (Werksgemeinschaft), 35 Stimmen, 2 Ehe.

**Kugelhütte (Wansfeld A.G.):** Eisenbau: 5 APD, 1 Sympathisierender, 3 SPD.

## Eisenbahner, rüestet zu den Betriebsräte-wahlen!

Die Betriebsrätearbeiten für die Deutsche Reichsbahn finden am 18. und 19. Mai statt. Es müssen sofort alle Vorbereitungen getroffen werden, damit die Termine für die Wahlgeschreiben und für die Einreichung der Vorschlagslisten eingehalten werden. Der letzte Tag für die Bestellung des Wahlvorstandes ist der 23. April. Das Wahlgeschreiben muß spätestens am 20. April von den Wahlvorständen veröffentlicht werden. Der Tag, an dem die Vorschlagslisten eingereicht sein müssen, ist eine Woche nach dem ersten Tage des Anhangs des Wahlgeschreibens. Verspätet eingereichte Vorschlagslisten sind ungültig.

Die Eisenbahner müssen dafür sorgen, daß in den Ortsvereinsmännern und den Mitgliedervertretungen des Eisenbahnerverbandes sofort zur Aufklärung der wahren Stellung genommen und diese nach den neuen Vorschriften der Reichsbahn-Verwaltung aufgeklärt werden. Jede Zersplitterung der Eisenbahner ist zu vermeiden. Bei der Betriebsrätewahl muß es heißen:

Keine Stimme den christlichen und gelben Gewerkschaften oder dem Industrieverband für das Betriebsgewerbe, sondern

Kampf um den Sieg der Väter des Einheitsverbandes!

## Die halleischen Notstandsarbeiter zu den Stadtverordneten-Beschlüssen

**Kampf mit der Lauffer-Regierung**

Eine am 31. März tagende Versammlung der Belegschaften der Notstandsarbeiter beschäftigte sich mit dem Ergebnis der letzten Stadtverordnetenversammlung bezüglich des Antrages der Notstandsarbeiter. Nach den Ausführungen eines Stadtverordnetemitgliedes der SPD, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 31. März tagende Versammlung der Belegschaften der Notstandsarbeiter erhebt ihr heftigsten Protest gegen, daß die berechtigten Forderungen der Notstandsarbeiter in der Stadtverordnetenversammlung von den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Abgeordneten abgewürgt wurden. Die Notstandsarbeiter werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß ihre Forderungen bewilligt werden und ihr Elend gemildert wird.“

Folgende weitere Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme:

„Die am 31. März 1926 versammelten Notstandsarbeiter von Halle fordern, daß die Lauffer-Regierung und der Reichstag zu beschließen haben, daß diese Körperlichkeiten in keiner Weise den Willen der Bevölkerung wiederzuecken. Diese Regierung, die das Massenelend verschuldet hat, die die Unternehmerrückstände unentgeltlich, die bereit ist, den ausgesetzten Potentaten Millionen in den Rücken zu werfen, die den Volkseigenschaft sabotiert, und dieser Reichstag, der durch Niedrighaltung der Erwerbslosenunterstützung die Arbeiterklasse immer mehr herunterdrückt, büßen seinen Augenblick länger bestehen.“

## Bastor Hertha

(Arbeiterkorrespondenz Hertha)

Schon oft haben wir uns mit diesem Herrn beschäftigt, müssen, es absolut nicht unterlassen kann, die Leute zu schämen. Er glaubt, es mehr wir uns mit ihm beschäftigen, je angenehmer macht er sich beim Fröhlichen Hüter. Daß er bei keiner eifrigen Schlichterei aber auch in den Herbst fallen kann, sollte unser Pflicht vom Wärmestück Hertha vor lauten erleben.

Durch allzeitlichen Regen war seine Abteilung dazu verurteilt, nur unter Dach zu arbeiten. Da die meiste Arbeit dieser Abteilung aber unter freiem Himmel liegt, war die Arbeit im Metalllager t.n.a.p. Zwei Arbeiter glauben deshalb, ruhig einmal von ihrer Stelle abgehen zu dürfen. Als aber unter Witterung die beiden faulen sah, kam er angesprochen und der Straßentitel folgte. Die Arbeiter führten Beschwerde bei Direktor Hüter, indem sie ihm unterbreiteten, daß Meister Hertha deshalb kein Verständnis für den Jünger der Arbeiter hat, weil er selbst, fast um 6 Uhr morgens immer erst nach 8 oder gar um 17 Uhr kommt, dann erst schlief und mit dem Fröhlichen übereinstimmt, bis es glänzend 7 Uhr ist. Wenn er dann von einem Arbeiter hört, daß der Vorarbeiter diesem die

Arbeit gegeben hat, so wettet er los: „Hier hat keiner was zu sagen, hier beziehe nur ich!“

Hertha stellte natürlich die Arbeiter als Lügner hin und beanstandete herabsetzende Äußerungen über die Arbeiter. Er forderte daraufhin, daß sein Spinn revidiert würde. Es war alles in Ordnung, und nun ging das Donnermetter über Hertha hernieder. Wenn alle vornehmenden Dinge richtig geprüft würden, würde sich herausstellen, daß Hertha nicht der einzige seines Schlags ist. — Der Straßentitel wurde den beiden Arbeitern diesmal gütigst erlassen.

## Rationalisierungsmethoden

Zitma Müller Witwe & Sohn, Halle

Das, was in den größeren Betrieben in ganz Deutschland jetzt als „Rationalisierung der Wirtschaft“ durchgeführt wird, scheint sich auch die Firma Zitma Müller & Sohn als nachahmenswertes Beispiel vorgekommen zu haben. Im Dezember 1925 wurden bei der Firma 10 Arbeiter entlassen mit der Begründung, es seien nicht genügend Aufträge vorhanden. Diese Begründung war glatter Schwindel. Denn nachdem die Entlassungen perfekt waren, erklärte man den Arbeitern, daß sie bei einer 18-Stunden-Arbeit mehrschichtig werden könnten. Leider muß gesagt werden, daß die Kollege nicht die Konsequenz aufgebracht haben, sich den Missionen von Arbeitern, die heute als Erwerbslose auf dem Straßensplatz liegen, solidarisch zu zeigen.

Wir rufen den Arbeitern der Firma Zitma Müller & Sohn zu: „Macht eure arbeitslosen Kollegen nicht solidarisch, lehnt die Überarbeit ab und merdet schlafen!“

## Wie in Rußland die erste Fabrik nationalisiert wurde

(Deutschrussische Do-Korrespondenz)

Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug aus einem Brief an einen Genossen, der die Bemittlung zwischen einer Leipziger und einer russischen Fabrik übernommen hat. Der Brief lautet:

„Ich will in diesem Briefe kurz die Geschichte unserer Fabrik schildern und dir beschreiben, wie wir die Fabrik nationalisierten und wie wir für die Stärkung der Gewerkschaft kämpften. Am 20. November 1917 wurde unsere Textilfabrik „Pinskajana manufaktur“ von den Arbeitern nationalisiert. Es war die erste Fabrik in der Sowjetunion, die nationalisiert wurde.“

Die Nationalisierung wurde vorgenommen, weil der damalige Besitzer der Fabrik auf Arbeiter auf die Straße werfen und den Betrieb schließen wollte. Schon am Vorabend der Oktoberrevolution wurde der Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern immer härter und erbarmungsloser. Die Kapitalisten beschlagnahmten, überall die Fabriken zu schließen, um so die Arbeiter durch den Hunger zur Einwilligung des Komplexes zu zwingen.

Infolge des einsetzenden Winteres der 3750 Mann zählenden Belegschaft unserer Fabrik (sahol Smirnow, der Besitzer, den Betrieb. Die Arbeiter aber gaben nicht nach. Sie verlangten eine Unterabteilung über den Konflikt mit dem Unternehmer und über die Schließung des Betriebes. Mehrere Kommissionen beauftragte die Fabrik zwecks Klärung der Angelegenheit und erklärten

## Jord-Sklaverei bei Siemens

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat vor einigen Tagen einen Artikel über die Misshandlung in der Elektroindustrie gebracht, wie sie bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin bereits durchgeführt und in anderen Betrieben ebenfalls zu erwarten ist. Die Schilderung zeigt ganz klar, wie sich dieser technische Fortschritt unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen allein gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Es heißt da:

„Ein besonders anschauliches Mutterbeispiel für die stehende Vertiefung bietet

der Schalterbau im Siemens-Schuckert-Arbeitsbauwerk.“

Auf engstem Raum läßt sich dort die Montage des Schalters mit einem Bild übersehen. Etwa 20 Arbeiterinnen, die in gemeinsamen Kolonnenarbeit entlohnt werden, sind an einem langen Tisch beschäftigt. Ein breites, in sich gefaltetes Transportband führt durch die Mitte der Tischplatte von einem Ende zum anderen und wieder zurück. Das Band ist seitlich durch Brettern gegen das Abrutschen von Werkstücken gesichert. Heftige Breiten sind über dem Transportband als Führungsschienen angebracht und sitzen auf dieser Weise mehrere an der Tischplatte arbeitende Arbeiterinnen. Die Montage des Schalters erfordert etwa 14 Arbeitstage. In jeder dieser Phasen leisten auch auf dem Tisch selbst angebracht. Zwischen ihnen wird das Arbeitsstück einfach mit der Hand von einem Platz zum anderen weitergeschoben. Die mehreren Bahnen auf dem Transportband oder auf dem Tisch sind deshalb notwendig, weil die verschiedenen nacheinander erfolgenden Verrichtungen nicht alle auf gleiche Zeit beansprucht werden. Wenn zum Beispiel für eine Phase fünfmal soviel Zeit beansprucht wird, als für die vorhergehende, so sind auch fünf Arbeitstage für ihre Bewältigung notwendig, und die Arbeiterinnen, die den vorausgehenden Handgriff tun, muß einen Arbeiter erfordern etwa 14 Arbeitstage. Die letzte Montagephase arbeitet die Schalter auf Brettern, die je 30 Schalter aufnehmen. Die gefüllten Bretter werden auf ein neben den Enden der Arbeitstische entlaufendes Band gelegt und auf diesem zu den Revisionsstufen geführt.“

„Der Schalter hat für seinen Weg vom Beginn der Montage bis zu dem Lager um 2% Stunden gedauert. Allein aus dieser Zeitlage läßt sich ersehen, welche gemaltigen Zwischenlager bei 14 verschiedenen Arbeitsgängen durch die Misshandlung erfahren werden.“

In ähnlicher Weise ist dieses System auch für andere Massenereignisse der Siemens-Werke eingeführt oder in Vorbereitung. Besonders gut durchgebildet ist es bei der Herstellung von Schaltanlagen im Elektromotorenwerk. Von dem erwerbungsähnlich festgestellten Arbeitsmeister in dem vorbereitenden Teilen besteht. Die Arbeiter bleiben an ihrem Platz und einundneunem dem Conveyor das für sie bestimmte Material bearbeiten es bzw. montieren die zusammengehörigen Teile und legen sie wieder auf die Rollen. Wo eine Arbeitshilfe, z. B. das Bohren von Lötlern, längere Zeit in Anspruch nimmt, stehen mehrere gleichartige Arbeitsmaschinen nebeneinander, so daß alle anfallenden Wertstücke rechtzeitig für die nächste Phase vor-

die Schließung der mit guten und modernen Maschinen ausgestatteten Fabrik für ungenügend. Trotzdem war an dem starren Willen des Unternehmers nicht zu rütteln. Er wollte die Arbeiter durch den Hunger niedrigen und heftig, die Kälte und die allgemeinen schlechtesten Lebensbedingungen leiten allen unseren Arbeitern hart zu. Aber unter Kampfeszeit und unerschütterliche Energie ließen nicht nach. Unter Führung der Kampfleitung wurden alle zu einer großen Fronte zusammenschlossen, die nur von dem einen Gebanten befehl war: zu liegen.

Am 25. September verarmte sich die ganze Belegschaft mit Frauen und Kindern, formierten einen Zug und zog unter dem Gelang revolutionärer Lieder und Mithilfe von Unratern nach den benachbarten Fabriken in den 8 Kilometer entfernten Orte

und gegenwärtig mit dem Arbeiter um Unterstützung in unserem schweren Kampfe mit dem Unternehmer zu kämpfen. Aus Solidarität mit uns stellten die Belegschaften aller Fabriken in Dreifach-Jugaco sofort die Arbeit ein. Es fand ein großes Meeting mit 3000 Teilnehmern statt. Dort wurde ein großer Plan zur Unterstützung der hungernden Arbeiter in Litau zwei Tageslöhne zu opfern. Und man begann sofort mit der Sammlung. Am nächsten Tage begannen uns weitere Fabriken mit regelmäßigen Unterstufungen von ihrem Arbeitslohn zu helfen. So führten sich nun die Arbeiter von Litau nicht mehr allein stehende.

Und da, unter dem Donner der Kanonen, während der Oktoberkämpfe in Moskau, mit der Erlaubnis und der Unterstützung von Lenin, Trotzki und Schliapnikoff wurde unsere Fabrik als die erste in dem sich bildenden Arbeiterkammern nationalisiert.

Die Nationalisierung wurde vorgenommen, weil der damalige Besitzer der Fabrik auf Arbeiter auf die Straße werfen und den Betrieb schließen wollte. Schon am Vorabend der Oktoberrevolution wurde der Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern immer härter und erbarmungsloser. Die Kapitalisten beschlagnahmten, überall die Fabriken zu schließen, um so die Arbeiter durch den Hunger zur Einwilligung des Komplexes zu zwingen.

Infolge des einsetzenden Winteres der 3750 Mann zählenden Belegschaft unserer Fabrik (sahol Smirnow, der Besitzer, den Betrieb. Die Arbeiter aber gaben nicht nach. Sie verlangten eine Unterabteilung über den Konflikt mit dem Unternehmer und über die Schließung des Betriebes. Mehrere Kommissionen beauftragte die Fabrik zwecks Klärung der Angelegenheit und erklärten

die Schließung der mit guten und modernen Maschinen ausgestatteten Fabrik für ungenügend. Trotzdem war an dem starren Willen des Unternehmers nicht zu rütteln. Er wollte die Arbeiter durch den Hunger niedrigen und heftig, die Kälte und die allgemeinen schlechtesten Lebensbedingungen leiten allen unseren Arbeitern hart zu. Aber unter Kampfeszeit und unerschütterliche Energie ließen nicht nach. Unter Führung der Kampfleitung wurden alle zu einer großen Fronte zusammenschlossen, die nur von dem einen Gebanten befehl war: zu liegen.

Am 25. September verarmte sich die ganze Belegschaft mit Frauen und Kindern, formierten einen Zug und zog unter dem Gelang revolutionärer Lieder und Mithilfe von Unratern nach den benachbarten Fabriken in den 8 Kilometer entfernten Orte

und gegenwärtig mit dem Arbeiter um Unterstützung in unserem schweren Kampfe mit dem Unternehmer zu kämpfen. Aus Solidarität mit uns stellten die Belegschaften aller Fabriken in Dreifach-Jugaco sofort die Arbeit ein. Es fand ein großes Meeting mit 3000 Teilnehmern statt. Dort wurde ein großer Plan zur Unterstützung der hungernden Arbeiter in Litau zwei Tageslöhne zu opfern. Und man begann sofort mit der Sammlung. Am nächsten Tage begannen uns weitere Fabriken mit regelmäßigen Unterstufungen von ihrem Arbeitslohn zu helfen. So führten sich nun die Arbeiter von Litau nicht mehr allein stehende.

Und da, unter dem Donner der Kanonen, während der Oktoberkämpfe in Moskau, mit der Erlaubnis und der Unterstützung von Lenin, Trotzki und Schliapnikoff wurde unsere Fabrik als die erste in dem sich bildenden Arbeiterkammern nationalisiert.

Die Nationalisierung wurde vorgenommen, weil der damalige Besitzer der Fabrik auf Arbeiter auf die Straße werfen und den Betrieb schließen wollte. Schon am Vorabend der Oktoberrevolution wurde der Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern immer härter und erbarmungsloser. Die Kapitalisten beschlagnahmten, überall die Fabriken zu schließen, um so die Arbeiter durch den Hunger zur Einwilligung des Komplexes zu zwingen.

Infolge des einsetzenden Winteres der 3750 Mann zählenden Belegschaft unserer Fabrik (sahol Smirnow, der Besitzer, den Betrieb. Die Arbeiter aber gaben nicht nach. Sie verlangten eine Unterabteilung über den Konflikt mit dem Unternehmer und über die Schließung des Betriebes. Mehrere Kommissionen beauftragte die Fabrik zwecks Klärung der Angelegenheit und erklärten

## Jord-Sklaverei bei Siemens

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat vor einigen Tagen einen Artikel über die Misshandlung in der Elektroindustrie gebracht, wie sie bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin bereits durchgeführt und in anderen Betrieben ebenfalls zu erwarten ist. Die Schilderung zeigt ganz klar, wie sich dieser technische Fortschritt unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen allein gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Es heißt da:

„Ein besonders anschauliches Mutterbeispiel für die stehende Vertiefung bietet

der Schalterbau im Siemens-Schuckert-Arbeitsbauwerk.“

Auf engstem Raum läßt sich dort die Montage des Schalters mit einem Bild übersehen. Etwa 20 Arbeiterinnen, die in gemeinsamen Kolonnenarbeit entlohnt werden, sind an einem langen Tisch beschäftigt. Ein breites, in sich gefaltetes Transportband führt durch die Mitte der Tischplatte von einem Ende zum anderen und wieder zurück. Das Band ist seitlich durch Brettern gegen das Abrutschen von Werkstücken gesichert. Heftige Breiten sind über dem Transportband als Führungsschienen angebracht und sitzen auf dieser Weise mehrere an der Tischplatte arbeitende Arbeiterinnen. Die Montage des Schalters erfordert etwa 14 Arbeitstage. In jeder dieser Phasen leisten auch auf dem Tisch selbst angebracht. Zwischen ihnen wird das Arbeitsstück einfach mit der Hand von einem Platz zum anderen weitergeschoben. Die mehreren Bahnen auf dem Transportband oder auf dem Tisch sind deshalb notwendig, weil die verschiedenen nacheinander erfolgenden Verrichtungen nicht alle auf gleiche Zeit beansprucht werden. Wenn zum Beispiel für eine Phase fünfmal soviel Zeit beansprucht wird, als für die vorhergehende, so sind auch fünf Arbeitstage für ihre Bewältigung notwendig, und die Arbeiterinnen, die den vorausgehenden Handgriff tun, muß einen Arbeiter erfordern etwa 14 Arbeitstage. Die letzte Montagephase arbeitet die Schalter auf Brettern, die je 30 Schalter aufnehmen. Die gefüllten Bretter werden auf ein neben den Enden der Arbeitstische entlaufendes Band gelegt und auf diesem zu den Revisionsstufen geführt.“

„Der Schalter hat für seinen Weg vom Beginn der Montage bis zu dem Lager um 2% Stunden gedauert. Allein aus dieser Zeitlage läßt sich ersehen, welche gemaltigen Zwischenlager bei 14 verschiedenen Arbeitsgängen durch die Misshandlung erfahren werden.“

In ähnlicher Weise ist dieses System auch für andere Massenereignisse der Siemens-Werke eingeführt oder in Vorbereitung. Besonders gut durchgebildet ist es bei der Herstellung von Schaltanlagen im Elektromotorenwerk. Von dem erwerbungsähnlich festgestellten Arbeitsmeister in dem vorbereitenden Teilen besteht. Die Arbeiter bleiben an ihrem Platz und einundneunem dem Conveyor das für sie bestimmte Material bearbeiten es bzw. montieren die zusammengehörigen Teile und legen sie wieder auf die Rollen. Wo eine Arbeitshilfe, z. B. das Bohren von Lötlern, längere Zeit in Anspruch nimmt, stehen mehrere gleichartige Arbeitsmaschinen nebeneinander, so daß alle anfallenden Wertstücke rechtzeitig für die nächste Phase vor-

die Schließung der mit guten und modernen Maschinen ausgestatteten Fabrik für ungenügend. Trotzdem war an dem starren Willen des Unternehmers nicht zu rütteln. Er wollte die Arbeiter durch den Hunger niedrigen und heftig, die Kälte und die allgemeinen schlechtesten Lebensbedingungen leiten allen unseren Arbeitern hart zu. Aber unter Kampfeszeit und unerschütterliche Energie ließen nicht nach. Unter Führung der Kampfleitung wurden alle zu einer großen Fronte zusammenschlossen, die nur von dem einen Gebanten befehl war: zu liegen.

Am 25. September verarmte sich die ganze Belegschaft mit Frauen und Kindern, formierten einen Zug und zog unter dem Gelang revolutionärer Lieder und Mithilfe von Unratern nach den benachbarten Fabriken in den 8 Kilometer entfernten Orte

und gegenwärtig mit dem Arbeiter um Unterstützung in unserem schweren Kampfe mit dem Unternehmer zu kämpfen. Aus Solidarität mit uns stellten die Belegschaften aller Fabriken in Dreifach-Jugaco sofort die Arbeit ein. Es fand ein großes Meeting mit 3000 Teilnehmern statt. Dort wurde ein großer Plan zur Unterstützung der hungernden Arbeiter in Litau zwei Tageslöhne zu opfern. Und man begann sofort mit der Sammlung. Am nächsten Tage begannen uns weitere Fabriken mit regelmäßigen Unterstufungen von ihrem Arbeitslohn zu helfen. So führten sich nun die Arbeiter von Litau nicht mehr allein stehende.

Und da, unter dem Donner der Kanonen, während der Oktoberkämpfe in Moskau, mit der Erlaubnis und der Unterstützung von Lenin, Trotzki und Schliapnikoff wurde unsere Fabrik als die erste in dem sich bildenden Arbeiterkammern nationalisiert.

Die Nationalisierung wurde vorgenommen, weil der damalige Besitzer der Fabrik auf Arbeiter auf die Straße werfen und den Betrieb schließen wollte. Schon am Vorabend der Oktoberrevolution wurde der Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern immer härter und erbarmungsloser. Die Kapitalisten beschlagnahmten, überall die Fabriken zu schließen, um so die Arbeiter durch den Hunger zur Einwilligung des Komplexes zu zwingen.

Infolge des einsetzenden Winteres der 3750 Mann zählenden Belegschaft unserer Fabrik (sahol Smirnow, der Besitzer, den Betrieb. Die Arbeiter aber gaben nicht nach. Sie verlangten eine Unterabteilung über den Konflikt mit dem Unternehmer und über die Schließung des Betriebes. Mehrere Kommissionen beauftragte die Fabrik zwecks Klärung der Angelegenheit und erklärten

die Schließung der mit guten und modernen Maschinen ausgestatteten Fabrik für ungenügend. Trotzdem war an dem starren Willen des Unternehmers nicht zu rütteln. Er wollte die Arbeiter durch den Hunger niedrigen und heftig, die Kälte und die allgemeinen schlechtesten Lebensbedingungen leiten allen unseren Arbeitern hart zu. Aber unter Kampfeszeit und unerschütterliche Energie ließen nicht nach. Unter Führung der Kampfleitung wurden alle zu einer großen Fronte zusammenschlossen, die nur von dem einen Gebanten befehl war: zu liegen.

Am 25. September verarmte sich die ganze Belegschaft mit Frauen und Kindern, formierten einen Zug und zog unter dem Gelang revolutionärer Lieder und Mithilfe von Unratern nach den benachbarten Fabriken in den 8 Kilometer entfernten Orte

und gegenwärtig mit dem Arbeiter um Unterstützung in unserem schweren Kampfe mit dem Unternehmer zu kämpfen. Aus Solidarität mit uns stellten die Belegschaften aller Fabriken in Dreifach-Jugaco sofort die Arbeit ein. Es fand ein großes Meeting mit 3000 Teilnehmern statt. Dort wurde ein großer Plan zur Unterstützung der hungernden Arbeiter in Litau zwei Tageslöhne zu opfern. Und man begann sofort mit der Sammlung. Am nächsten Tage begannen uns weitere Fabriken mit regelmäßigen Unterstufungen von ihrem Arbeitslohn zu helfen. So führten sich nun die Arbeiter von Litau nicht mehr allein stehende.

Und da, unter dem Donner der Kanonen, während der Oktoberkämpfe in Moskau, mit der Erlaubnis und der Unterstützung von Lenin, Trotzki und Schliapnikoff wurde unsere Fabrik als die erste in dem sich bildenden Arbeiterkammern nationalisiert.

## Jord-Sklaverei bei Siemens

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat vor einigen Tagen einen Artikel über die Misshandlung in der Elektroindustrie gebracht, wie sie bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin bereits durchgeführt und in anderen Betrieben ebenfalls zu erwarten ist. Die Schilderung zeigt ganz klar, wie sich dieser technische Fortschritt unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen allein gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Es heißt da:

„Ein besonders anschauliches Mutterbeispiel für die stehende Vertiefung bietet

der Schalterbau im Siemens-Schuckert-Arbeitsbauwerk.“

Auf engstem Raum läßt sich dort die Montage des Schalters mit einem Bild übersehen. Etwa 20 Arbeiterinnen, die in gemeinsamen Kolonnenarbeit entlohnt werden, sind an einem langen Tisch beschäftigt. Ein breites, in sich gefaltetes Transportband führt durch die Mitte der Tischplatte von einem Ende zum anderen und wieder zurück. Das Band ist seitlich durch Brettern gegen das Abrutschen von Werkstücken gesichert. Heftige Breiten sind über dem Transportband als Führungsschienen angebracht und sitzen auf dieser Weise mehrere an der Tischplatte arbeitende Arbeiterinnen. Die Montage des Schalters erfordert etwa 14 Arbeitstage. In jeder dieser Phasen leisten auch auf dem Tisch selbst angebracht. Zwischen ihnen wird das Arbeitsstück einfach mit der Hand von einem Platz zum anderen weitergeschoben. Die mehreren Bahnen auf dem Transportband oder auf dem Tisch sind deshalb notwendig, weil die verschiedenen nacheinander erfolgenden Verrichtungen nicht alle auf gleiche Zeit beansprucht werden. Wenn zum Beispiel für eine Phase fünfmal soviel Zeit beansprucht wird, als für die vorhergehende, so sind auch fünf Arbeitstage für ihre Bewältigung notwendig, und die Arbeiterinnen, die den vorausgehenden Handgriff tun, muß einen Arbeiter erfordern etwa 14 Arbeitstage. Die letzte Montagephase arbeitet die Schalter auf Brettern, die je 30 Schalter aufnehmen. Die gefüllten Bretter werden auf ein neben den Enden der Arbeitstische entlaufendes Band gelegt und auf diesem zu den Revisionsstufen geführt.“

„Der Schalter hat für seinen Weg vom Beginn der Montage bis zu dem Lager um 2% Stunden gedauert. Allein aus dieser Zeitlage läßt sich ersehen, welche gemaltigen Zwischenlager bei 14 verschiedenen Arbeitsgängen durch die Misshandlung erfahren werden.“

In ähnlicher Weise ist dieses System auch für andere Massenereignisse der Siemens-Werke eingeführt oder in Vorbereitung. Besonders gut durchgebildet ist es bei der Herstellung von Schaltanlagen im Elektromotorenwerk. Von dem erwerbungsähnlich festgestellten Arbeitsmeister in dem vorbereitenden Teilen besteht. Die Arbeiter bleiben an ihrem Platz und einundneunem dem Conveyor das für sie bestimmte Material bearbeiten es bzw. montieren die zusammengehörigen Teile und legen sie wieder auf die Rollen. Wo eine Arbeitshilfe, z. B. das Bohren von Lötlern, längere Zeit in Anspruch nimmt, stehen mehrere gleichartige Arbeitsmaschinen nebeneinander, so daß alle anfallenden Wertstücke rechtzeitig für die nächste Phase vor-







# Unsere nächsten organisatorischen Aufgaben

Von der Org.-Abteilung des J.R. wird uns geschrieben:

Vor der Sitzung der Erweiterten Erklärte tagte Mitte Februar in Moskau eine internationale Org.-Beratung, die in gründlicher Beratung zu drei Hauptfragen Stellung nahm, die Erfahrungen sammelte, verarbeitete und Beschlüsse zum Aufbau und zur Arbeit der Betriebszellen, des Parteiapparates und der Fraktionen, Vertreter von Betriebszellen, Fraktionen, Zellengruppen, Stadt- und Bezirksleitungen verschiedener Sektoren der Komintern gaben einen Bericht von dem Stand und den Methoden der Arbeit ihres speziellen Tätigkeitsgebietes.

Entsprechend dem verschiedenen Entwicklungsgrad und der Stärke der einzelnen Parteien, entsprechend den Verhältnissen unter denen sich die kommunistische Arbeit vollzieht, ist der Stand des Aufbaues der Organisation, ist die angewandte Methode der Arbeit in den einzelnen Parteien keine gleichmäßige. Es beruht Arbeit in den einzelnen Parteien keine gleichmäßige. Es beruht Arbeit in den einzelnen Parteien keine gleichmäßige. Es beruht Arbeit in den einzelnen Parteien keine gleichmäßige.

Aber die Parteien entwickeln sich in ihrem organisatorischen Aufbau immer mehr — das hat diese zweite Org.-Beratung gezeigt — nach einer einheitlichen Linie. Im vorigen Jahre, auf der ersten Org.-Beratung, machten noch große Sektoren Schwierigkeiten und Vorbehalte in der Frage der Umstellung der westeuropäischen Parteien auf die Grundlage der Betriebszellen (z. B. in der Frage der Arbeitsgruppen, des Funktionärkörpers und der Straßenzellen). Das verfloßene Jahr praktischer Zellenaufbau, die Erfahrungen solcher Sektoren, wie diejenige Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und der Schweiz, haben den bisherigen Beweis erbracht, daß die Zellengliederung keine „russische Spezialität“, sondern eine typische Organisationsform einer kommunistischen Partei ist und sein muß. Das haben die Berichte der Zellenvorleiter der verschiedenen Länder ganz klar gezeigt.

Mit dem Aufbau auf die Grundlage der Betriebszellen ändert sich die gesamte Struktur der Parteiorganisation, indem sich die Aufgaben unserer Parteiarbeit grundlegend gegenüber dem Zustand in der früheren Wohnorganisationsform.

Die Betriebszellen sind die Fundamente der Partei. Sie müssen einen ständigen Aufbau haben, der nicht schematisch sein kann, sondern sich der Struktur und den Bedingungen des jeweiligen Betriebes anpassen muß. Entsprechend müssen die Methoden, mit denen die Betriebszellen die Parteiarbeit unter den Massen durchführen, auf das sorgfältigste den jeweiligen Bedingungen der Parteiarbeit angepaßt sein. Eine Zelle kann dort, wo für die Kommunisten im Betrieb eine gewisse Bewegungsfreiheit besteht, ganz anders arbeiten als dort, wo die Arbeiter unter der Aufsicht eines Feindes, die sich auf einen gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper im Betrieb stützt, kann ganz andere Methoden anwenden, als jene, der die Rückhalt in der Belegschaft fehlt. Die wichtigste Aufgabe, die in der Frage der Betriebszellen von der KPD, liegt in deren schrittweisen Umformung. In den Zellen muß sich nach und nach das gesamte Leben der Partei abspielen.

Ein Schritt zur Erreichung dieses Zieles ist die Schaffung einer guten Zellenleitung für jede Betriebszelle, die sorgfältig die Arbeit des Zellenleiters organisiert und die Tagesordnung der Zellenversammlung vorbereitet, und die regelmäßige Herausgabe einer Zellenzeitung. Bei der nächsten Zusammenkunft des Kommunistischen Jugendverbandes, d. h. bei seiner nächsten Verbindung mit den Großbetrieben, muß die Partei als eine ihrer Hauptaufgaben in der nächsten Zukunft die Schaffung von Zellenstellen in allen Betrieben durchführen, in denen bereits die Zellenstelle besteht. Weiter müssen die Straßenzellen ausgebaut und mit politischem Leben erfüllt werden. In einer Institution über die Betriebs- und Straßenzellen hat die Org.-Beratung ein umfangreiches Erfahrungsmaterial zusammengetragen.

Die Reorganisation der Partei auf die Grundlage der Betriebszellen ist in den großen Sektoren der Komintern mehr oder minder fortgeschritten. Wie die zweite Org.-Beratung gezeigt hat, sind die Erfolge auf Grund der begonnenen Umstellung in den einzelnen Ländern bereits sehr bedeutend. Die Reorganisation bedeutet das Heranziehen der KPD, die Massen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, bedeutet durch die Aufnahme neuer Arbeitselemente aus den Betrieben in die Partei eine Verbesserung der sozialen Zusammensetzung unserer Parteien. Die Reorganisation schafft überhaupt erst die Voraussetzungen einer guten Gewerkschaftsarbeit. In einzelnen Sektoren, z. B. in Deutschland, ermöglicht sie erst die Durchführung eines richtigen innerparteilichen Kampfes und der politischen Linie der Komintern.

Die erste Org.-Beratung hatte die Grundlinien des Aufbaues der Parteiorganisation von Zentralkomitee bis herunter zur Zelle festgelegt. Das verfloßene Jahr hat die Richtigkeit dieser Beschlüsse bestätigt. Heute steht vor der KPD, die besondere Aufgabe der Schaffung eines guten Parteiapparates bei allen Leitungen vom J.R. bis zur Zellengruppe, eines Apparates, der die von den Leitungen bzw. Mitgliederberatungen und Delegiertenkonferenzen gestellten Beschlüsse wirklich durchführt. Wir Franken daran, daß bisher nur ein kleiner Bruchteil der Parteibeschlüsse zur Durchführung kommt.

In der Zellengliederung kann die Partei erst wirklich nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Die praktischen Erfahrungen des verfloßenen Jahres haben nochmals die Richtigkeit dieses Prinzips bestätigt. Auf Grund der von der zweiten Org.-Beratung angenommenen Richtlinien über den Aufbau und die Arbeit des Parteiapparates müssen alle Leitungen von unten, d. h. nach vorheriger Stellungnahme zu den politischen Fragen in den Mitgliederberatungen der Zellen oder in den Delegiertenversammlungen gewählt werden. Weiter müssen in allen Leitungen die Gewählten aus den Betriebszellen in der Mehrheit sein. Die innerparteiliche Demokratie wird also durch die Umstellung erst ermöglicht. Es sei daran erinnert, daß noch im vorigen Jahre die deutsche Delegation auf der ersten Org.-Beratung gegen die Abschaffung des alten, starren Funktionärkörpers war. Heute ist die Überzeugung allgemein, daß nur die auf der Zellenebene gewählte Delegiertenversammlung den Willen der Mitgliedschaft am stärksten zum Ausdruck bringt.

Als Kampforganisation muß aber die Partei streng zentralistisch aufgebaut werden. Die Mitgliedschaft wählt ihre Leitungen auf Grund der innerparteilichen Demokratie von unten auf. Aber diese Leitungen und vor allem kollektiven Leitungen müssen wirklich leitende Organe mit weitestgehendem Vollmacht sein, die für die zentrale Zusammenfassung aller Kräfte und für die Durchführung der Arbeit in ihrem Gebiet verantwortlich sind. Auf Grund der internationalen Richtlinien ergibt sich für die KPD die Durchführung folgender Richtlinien:

Wahl des Sekretärs (Leiter) jeder Parteiorganisation und der Abteilungs- und Zellvorleiter nicht mehr, wie bisher, in der Mit-

gliederwahlversammlung bzw. Delegiertenkonferenz, sondern durch die Mitgliedschaft (die unter der betreffenden Mitgliedsbelegschaftswahlversammlung bzw. Delegiertenkonferenz gewählt wurde). Die bestehenden Bezirksparietats z. B. werden neue Bezirksleitungen wählen. Die Bezirksleitungen wählen dann ihrerseits den Bezirkssekretär und bestimmen die Abteilungsleiter.

Abschaffung des Systems der doppelten Leitung durch Hof- und Org.-Leiter und Wahl eines einzigen verantwortlichen Leiters an der Spitze jeder Organisation durch die entsprechende Leitung, dem die Abteilungs- bzw. Zellvorleiter unterstellt sind.

Schaffung arbeitsfähiger enger Leitungen an der Spitze jeder Organisation zur Leitung jeder alltäglichen Parteiarbeit.

Wahl von zahlenmäßig kleinen Abteilungen (Org., Gewerkschafts-, Jugend-, Frauen-Abteilungen usw.) bei allen Parteileitungen aus qualifizierten Genossen, die regelmäßig, möglichst täglich, die Arbeit auf ihrem jeweiligen Gebiet führen und kontrollieren.

Einteilung der Großbetriebsorganisationen in Stadtteile und Zellengruppen und Schaffung eines Apparates bei diesen Leitungen.

Sehr eingehend beschäftigt sich die Org.-Beratung mit der Struktur und der Arbeit unserer Fraktionen, besonders der Fraktionen in den Gewerkschaften. Hier sehen wir in Deutschland noch am Anfang, d. h. wir müssen das Hauptgewicht unserer Kräfte noch darauf legen, die Gesamtmitgliedschaft in die Verbände zu bringen, und was die Hauptaufgabe ist, sie wirklich praktischer Gewerkschaftsarbeit zu erziehen. Durch die Umstellung der Partei auf die Grundlage der Betriebszellen wird es erst möglich, das feste Fundament für eine gute Gewerkschaftsarbeit zu schaffen. Beim Aufbau der Fraktionen müssen deren Leitungen in die Hände von Genossen gelegt werden, die wirklich Gewerkschaftsarbeit von Grund auf kennen und mit ihr durch ihre tägliche Arbeit verbunden sind. Das war in der KPD, in den letzten anderthalb Jahren nicht immer der Fall; es waren in der Partei keine Tendenzen vorhanden, unsere in der praktischen Gewerkschaftsarbeit lebenden, vor allem in den Leitungen der Gewerkschaften befindlichen Genossen als im Sinne der Parteileitung nicht ganz zweckmäßig zu betrachten und sie aus der Führung der Fraktionen auszuschließen. Mit der härteren Gewerkschaftsarbeit und der härteren Kontrolle seitens der Parteileitung werden solche Tendenzen ihre manchmal berechtigte Grundlage verlieren. Hier hat die Org.-Beratung klar den Weg gezeigt.

Überwiegend ist die Tendenz, die Gewerkschaftsarbeit in der Hauptsache durch den Parteiparagrafen (durch die Gewerkschaftsleitungen) durchführen zu lassen. Hier stellen die Richtlinien fest, daß selbstverständlich die Instruktionen und die Kontrolle der Fraktionsarbeit durch die Parteileitungen (Gewerkschaftsleitungen) geschieht, daß aber die Fraktionen ihre Tagesarbeit selbst durchführen und dabei eine größere Bewegungsfreiheit haben müssen.

Die Parteileitungen müssen den Fraktionen für ihre Arbeit Richtlinien geben und ihre Arbeit kontrollieren, aber auch die Fraktionen einer Gewerkschaft sollen untereinander die enge Verbindung unterhalten; die Fraktionen in den übergeordneten Gewerkschaftsorganen sollen den Fraktionen in den unteren Organen Informationen geben, die die Führung von Kampagnen einleiten, damit eine einheitliche Linie der kommunistischen Arbeit in der betreffenden Gewerkschaft von oben nach unten gewährleistet wird.

Wir haben auch die Richtlinien und Resolutionen der zweiten internationalen Org.-Beratung vornehmlich die wichtigsten Punkte herausgegriffen, deren Durchführung als aktuelle Aufgabe vor der Partei liegen. In besonderen Richtlinien über „Die nächsten organisatorischen Aufgaben der KPD“ wurden sie in Moskau zwischen der Org.-Abteilung des ERK und der deutschen Delegation zur Erweiterten Erklärte festgelegt. Aufgabe aller Genossen ist es jetzt, die Beschlüsse der zweiten Org.-Beratung nicht nur zu studieren, sondern sie entsprechend den konkreten Verhältnissen unserer Arbeit in die Praxis umzusetzen. Dann wird die Partei wirklich eine Kampforganisation werden, die das gesamte Leben der Massen beeinflusst und leitet und das Proletariat zum Siege führt.

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

**Modernes Spezialgeschäft für Augenoptik**  
Diplom-Optiker  
**A. Rößler**  
Staatl. geprüft. Optikermeister  
Lieferant schmut. Krankenkassen  
Wohlfahrtskassen  
Nicolaisstraße 5  
Telephon 777

**Bitterfeld Electro-Material**  
Radio-Apparate  
Radio-Zubehör  
Wahl bei  
**Willy Krause**  
Weinbergstr. 5

**Farben**  
gibt unendlich viele die besten liefert  
**Farben-Thiele**  
Wittenberg  
Judenstr. 4

**Trintt Bitterfelder Bier!!**  
Überall!

**Weißenfels Gewerkschafts Haus**  
Marienstr. 48  
Zentralverkehr aller freilorganisierten Arbeiter u. Angestellten  
Bewirtung in eigener Regie  
Besteapfelte Getränke. Billige u. reichl. Speisen  
30 Zeitungen - Kein Verzehrszwang  
Versammlungs- u. Konferenzzimmer  
Allen Parteigenossen als gastliche Heimstätte empfohlen

**Schlachtfleisch**  
Sehen Sunarcastos  
H. Janssch, Markt. Markt  
Bitterfeld  
Sulzstr. 49

**Pa. Weizen- und Roggenmehl**  
Zuttermittel und Hülsenfrüchte empfiehlt  
**Fritz Schlicht**  
Weihenfels  
Meißner Str. 28

**Volksbuchhandlung**  
Wittenberg  
Substant. in spirituelle u. literarische  
empfehlen  
**Literatur**  
ausgew. Druckwerke  
tunge politische  
Spenden entgegengenommen

**Waren-Specialgeschäft**  
Zentral- u. Spezialgeschäft  
Fischer-Salon  
Richtl. Kolbe  
Steffert  
Komplex-Kontore  
hofft für bessere  
empfehlen

**Luise-Bad**  
Weihenfels  
Geöffnet von 6 bis 8 Uhr

**Fahrräder und Zubehörteile**  
empfehlen zu billigen Preisen  
**Fr. B. Weiß**  
Fahrradfabrik Wittenberg  
Vertreter von: Wöwe, Göricke-Grüner- u. Mars-Fahrräder  
Verkaufsstellen:  
Wittenberg, Markt 5, Meißner- u. Hirschowitz

**Lebensmittel**  
gut und billig kaufen Sie nur bei  
**Kulda Hollstein, Weihenfels**  
Reipziger Straße 6  
Jenustr. 27

**Prima hausgemacht. Backwaren**  
zu billigen Tagespreisen empfiehlt  
**Dornded, Bitterfeld**  
Am Wasserturn

Am vorteilhaftesten kauft man  
**Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung**  
im Wöbel- und Warenhaus  
**J. Breminger, Wittenberg**  
Züdenstraße 7  
Stets auf Lager: Woll- und Wollewaren, einzelne Modellschneiderei

**Große Auswahl in Regenmänteln**  
mit Bezug für Herren u. Damen  
Ausged.:  
**Herren- u. Damenkonfektion**  
in reichhaltiger Auswahl  
**S. Rutschewitz**  
Bitterfeld  
Halleische Str. 7





# Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Arbeiterkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugsgeld: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 3,00 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Arbeiter-Kommunistischer Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg, e. V., Halle, Brühlstraße 14.

Abonnementpreis: 13 Halbjährlich f. d. Mittelmeer Höhe u. Spalte; 70 Halbjährlich f. Restland im Zeitteil. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Brühlstraße 14. Tel. 1945, 1947, 2351. Telegramm-Adr.: Arbeiterkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Schließfrist: Leipzig 1928 45 Zeit. Kreis. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 6. April 1928

6. Jahrgang \* Nr. 80

## Der schwarzweißrote Mord- und Korruptions-Sumpf

### Neuer Fememord der Korbhaken-Banden

Die Münchener „Neue Zeitung“ macht aufsehenerregende Mitteilungen über das geheimnisvolle Verschwinden eines Mitglieds der Arbeiterschutzgemeinschaft Korbhaken, des 22-jährigen Joseph Kern, der von seiner Mutter seit mehr als drei Monaten vermisst wird. Frau Kern, die auf einen Brief ihres Sohnes hin seine kindliche Absicht erwidert hatte, aber bis heute nichts von ihrem Sohn gehört hat, wandte sich an die kommunistische Partei, um Aufklärung über den Verbleib ihres Sohnes zu erhalten.

Die „Neue Zeitung“ teilt dazu folgende Einzelheiten mit: Kern, der im Jahre 1924 arbeitslos wurde, ging mit mehreren Kameraden nach der Zille Rügen und verdingte sich von dort aus zu Beginn des Jahres 1925 als Landarbeiter auf das Gut Mandrow bei Pöten (Mecklenburg). Da er dort sehr schlecht behandelt wurde, wenig Lohn erhielt und häufig Misshandlungen durch den Inspektor und den Gutsherrn ausgesetzt sah, ging er Mitte 1925 nach Wilmshorst bei Grevenmühlchen (Mecklenburg). Dort überredete man ihn, in die Arbeiterschutzgemeinschaft (Schwarze Reichswehr) einzutreten.

Die Verhältnisse in Wilmshorst mußten unerbötlich schlecht gewesen sein. Die jungen Leute, die insgeheim arbeiten mußten, wurden nachts geschlagen, zu erzeuhen, häufig wurden sie auch geschlagen. Der junge Kern war um diese Zeit so verzweifelt, daß er in einem Brief an seine Mutter schrieb: „... dann kann Du sicher rechnen, daß ich Weihnachten auf der Konfirmande feiere — doch noch lieber das, als bei Korbhaken mit kleinen Augen oder gar im Strauchhalm zu liegen.“ Er erhielt 3 Mark 20 Pfennig in der Woche und so leichte Verpflegung, daß er nicht satt wurde.

Kern hat dann seine Mutter um Geld für die Rückfahrt nach Wilmshorst. Sie sandte ihm in einem Brief 20 Mark, der aber zerbrochen wurde und Kern ohne Geld, mit leerer Tasche, verfuhr, übergeben wurde. Auf eine zweite Geldsendung im Dezember 1925 erhielt die Mutter keinerlei Antwort mehr.

Ungeklärt liegt hier ein neuer Fememordfall vor. Ein junger Arbeiter, durch lange Arbeitslosigkeit gezwungen, sich als Landarbeiter zu verdingen, geriet in die Hände der Schwarzen Reichswehr und wird dort, aber für die Reichswehr, gegen die mittelalterliche Behandlung der Mannschaften durch ihre Vorgesetzten, ein Opfer der Feme.

### Der deutschlandweite Barmat-Scandal

#### Nielsen-Unterschlagungen beim sächsischen „Volksopfer“

Vor dem Schöffengericht in Dresden soll zuerst ein Prozeß abgehandelt werden, der einen ungeheuerlichen Korruptions-Skandal der sächsischen Nationalisten entwirrt. Am Herbst 1925, der sogenannten Zeit, da der General Müller im Auftrag der Reichsregierung an der die Sozialdemokratie beteiligte war, mit Maschinenwechsellern die

Arbeiter, räumt auf mit dieser Korruptionsfort mit dem nationalsozialistischen Volksbetrug!

## Die reaktionäre Verfassung

Eine „Reform der Selbstverwaltung“

(Ein. Dr. H. M. München, 6. April.)

Das bayerische Innenministerium veröffentlichte vier Meilenentwürfe einer neuen Gemeinde-, Bezirks- und Kreisordnung und eines Gesetzes zur Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre. Das passive Wahlrecht soll von 25 auf 30 Jahre herabgesetzt werden. Die Vertreter der Selbstverwaltung der Regierungsbezirke sollen außerdem nicht mehr direkt, sondern indirekt von den Kreisräten und Gemeinderäten ernannt werden. Die Kreisräte sollen ebenfalls indirekt ernannt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht dazu ergänzende Meldungen, wonach diese reaktionären Pläne, genannt „Reform der Selbstverwaltung“, bereits in Gestalt eines umfangreichen Gesetzesentwurfes dem bayerischen Landtag zugeleitet sein sollen, der zwar die Einleitung der Selbstverwaltungsorgane in Gemeinden, Bezirken und Kreisen aufrechterhält, aber für die Bezirksvertretermaßregeln die Einführung des indirekten Wahlrechts vorschlägt. Neben der Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 25 Jahre bzw. 30 Jahre, sieht der Gesetzesentwurf erhebliche Einschränkungen des Selbstverwaltungsrechtes zugunsten der Staatsbehörden vor. So soll zum Beispiel den Kreisregierungen das Recht eingeräumt werden, gegen die Wahl eines Bürgermeisters Einspruch zu erheben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt dazu:

„Indirektes Wahlrecht, Einspruchsrecht der Kreisregierungen — das bedeutet eine Rückwärtsentwicklung der Selbstverwaltung auf ein Maß, das in Bayern zum Teil schon vor 1918 überholt war! Es ist erstaunlich, daß die gleiche bayerische Regierung, die sich gegen alle einschneidenden Zentralisierungsbestrebungen im Reich so heftig zur Wehr setzt, innerlich ihres eigenen Machtsbereiches die Zustimmung der Zentralbehörden auf die Spitze treiben will.“

Die sozialdemokratische Presse, allen voran der „Vorwärts“, stimmte nach dem Siege des Volksbegehrens ein Jubelgeschrei an,

schärfliche Arbeiterkassen niederwarf und die sozialdemokratische Regierung Sachsens absetzte, wurde das sächsische Volksopfer von den Nationalen Kreisen eingestrichelt. Man lag der Öffentlichkeit vor, daß die Gelder gesammelt würden „zur Förderung der Not der Opfer der Inflation“. Man bringt der Prozeß gegen den Reichstagsführer Dr. Meißner, den Buchhalter Köhler, den Kassierer Grönländer, alle drei fremde nationalsozialistische Männer, die erkranktesten Dinge zutage. Daß die Gelder für Fememordorganisationen verwendet wurden, kann kaum noch wundernehmen, nachdem man von vielen anderen Fällen her weiß, mit welchem Eifer sich die nationalsozialistische Großindustrie dieser Mordorganisationen annimmt. Von diesen zu wahlkräftigen Zwecken von den Volkswahlen eingesammelten Volksgeldern erhielt der Jungbau 2000 Mk., der Ringbau 1900 Mk., der Wirtschaftliche Kundendienst des Verbandes sächsischer Industrieller 6000 Mk., für den Nationalen Klub in Dresden wurden Rechnungen in Höhe von 27.000 Mk. bezahlt. Der Dresdener Vaterländische Kundendienst erhielt 21.000 Mk., der Wehrklub 3100 Mk., der Hochschätzung deutscher Art 700 Mk., und als Herr Köhler die Kosten eines Bordellbesuchs nicht prompt bezahlen konnte, dachte er auch diese „Inflation“ des Volksgeldes mit 250 Mk. aus den Mitteln, die zu wahlkräftigen Zwecken in Sachsen gesammelt wurden.

Bei der Gemeindefinanzierung stellte es sich heraus, daß Meißner und seine lauberen Spießgesellen auch mit General Müller, „unter vier Augen“ gesprochen hatten, um die Sache „in Ruhe zu ordnen“. Aus den Aussagen Meißners geht hervor, daß auch der Kronprinz an dem Skandal beteiligt ist. Er verweigerte jedoch nähere Angaben, da die Tatsachen „ein wirksames Agitationsmittel für die rote Presse zur Ernennung der Büchsenhändler“ werden könnten.

### Nielsenbetrug eines Landbund-Kapitän

Wegen Unterschlagung, Untreue und Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz stand gestern vor dem Schöffengericht in Jena Kurt A. v. D., der Direktor der Landbank Weitz-Güter in Weitz, Schumbert. Die Bank, eine Gründung des Landbundes, befindet sich in Konkurs. Mit dem Zusammenbruch der Landbank fand eine große Anzahl von Mitgliedern der Landbank-Genossenschaft eintritt, die man zum Teil erst zum Beitritt veranlaßt, als die finanzielle Lage der Landbank bereits aussichtslos war.

### Ein jungdeutscher Stahlhelmführer als Brandstifter

Nach einer Profanierung aus Breslau ist als Brandstifter in Feuer in Schöden der Hauptführer des Jungdeutschen Kampfes Kurt A. v. D. Schmidt, festgenommen worden. Schmidt hatte er seit längerer Zeit in die Betrügereien der Landbank verwickelt und eignete sich bei

der Landbankverfallung als Brandstifter in Feuer in Schöden der Hauptführer des Jungdeutschen Kampfes Kurt A. v. D. Schmidt, festgenommen worden. Schmidt hatte er seit längerer Zeit in die Betrügereien der Landbank verwickelt und eignete sich bei



die leicht sich doch die „demokratischen“ Wege anzuwenden, die reaktionären Pläne, genannt „Reform der Selbstverwaltung“, bereits in Gestalt eines umfangreichen Gesetzesentwurfes dem bayerischen Landtag zugeleitet sein sollen, der zwar die Einleitung der Selbstverwaltungsorgane in Gemeinden, Bezirken und Kreisen aufrechterhält, aber für die Bezirksvertretermaßregeln die Einführung des indirekten Wahlrechts vorschlägt. Neben der Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 25 Jahre bzw. 30 Jahre, sieht der Gesetzesentwurf erhebliche Einschränkungen des Selbstverwaltungsrechtes zugunsten der Staatsbehörden vor. So soll zum Beispiel den Kreisregierungen das Recht eingeräumt werden, gegen die Wahl eines Bürgermeisters Einspruch zu erheben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt dazu: „Indirektes Wahlrecht, Einspruchsrecht der Kreisregierungen — das bedeutet eine Rückwärtsentwicklung der Selbstverwaltung auf ein Maß, das in Bayern zum Teil schon vor 1918 überholt war! Es ist erstaunlich, daß die gleiche bayerische Regierung, die sich gegen alle einschneidenden Zentralisierungsbestrebungen im Reich so heftig zur Wehr setzt, innerlich ihres eigenen Machtsbereiches die Zustimmung der Zentralbehörden auf die Spitze treiben will.“ Die sozialdemokratische Presse, allen voran der „Vorwärts“, stimmte nach dem Siege des Volksbegehrens ein Jubelgeschrei an,

## Warum Volksentscheid für Landtagsauflösung in Sachsen?

Die linken SPD-Führer trauen — Die Arbeiter müssen handeln

Halle, den 6. April.

Wie wir bereits in der Sonnabendnummer kurz berichteten, hat die sächsische Landtagsfraktion der SPD, die sozialdemokratische Minderheit im sächsischen Landtag ein Schreiben gerichtet, in welchem vorgeschlagen wird, die Landtagsauflösung durch einen Volksentscheid in die Wege zu leiten.

Wie liegen die Aussichten für die gesagte Durchführung eines solchen Volksentscheides?

In Sachsen haben im Jahre 1922 die bürgerlichen Parteien bereits einmal ein Volksbegehren durchgeführt. Die ganze Aktion des Volksentscheides kam deshalb nicht zur Ausführung, weil sich der Landtag Ende 1922 selbst auflöste. Im Jahre 1924 hat der Landesparlamentarische Rat der SPD, die sozialdemokratische Fraktionsminderheit bei der Reichsregierung einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für die Landtagsauflösung gestellt. Die Führer der linken SPD haben damals ihr Vorhaben nicht durchgeführt, sondern sie haben sich durch leere Versprechungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten selbst abspeisen und ihren eigenen Antrag unter den Tisch fallen lassen.

Die Technik des Volksbegehrens in Sachsen ähneln sehr stark der des Reiches. Der Volksentscheid zerfällt in zwei Teile, in das Volksbegehren und den eigentlichen Volksentscheid. Beim Volksbegehren muß der zehnte Teil der Stimmberechtigten in Sachsen ihr Eintragen, bevor der Volksentscheid durchgeführt werden kann. Soll der Volksentscheid freigelegt sein, muß die Hälfte aller Stimmberechtigten für den vorgelagerten Antrag stimmen. Bei der letzten Landtagswahl vom 5. November 1922 gab es in Sachsen 3.117.487 Stimmberechtigter. Es sind also 311.748 Eintragungen notwendig, um das Volksbegehren freigelegt durchzuführen. Bei der letzten Landtagswahl erreichte die SPD, die CSP, zusammen 1.327.111 Stimmen. Beim Volksbegehren für die Parteienentzerrung wurden in Sachsen 1.542.000 Eintragungen durchgeführt. Das Volksbegehren hat allein in Sachsen für die Parteienentzerrung fast 100.000 Eintragungen aufgebracht, die für den Volksentscheid auf Landtagsauflösung notwendig waren. Es fehlen lediglich 14.000 Stimmen.

Das sind ganz nützliche Zahlen und Ermögungen, die jedem sozialdemokratischen Arbeiter einleuchten werden und die zeigen, daß die Frage des Volksentscheides für die Landtagsauflösung in Sachsen die denkbar beste Aussicht auf Erfolg hat. Daß der Volksentscheid in dieser Frage durchgeführt werden muß, ergibt sich aus zwei neuen Momenten, die von größter Durchschlagskraft sind.

1. Obwohl der Disziplinbruch der 23 Rechte so offensichtlich ist wie noch nie, obwohl die gesamte Organisation der SPD in Sachsen förmlich den Ausschlag der 23 Rechte verlangt, hat der „Vorwärts“ vom letzten Donnerstag eine nicht mißzuverstehende Antwort erteilt, indem er schrieb, daß der Ausschlag der 23 Rechte nach dem § 28 des Statuts nicht vollzogen werden könne. Genau so deutlich, nur noch etwas provozierender, äußert sich die neueste sächsische „Gewerkschaftszeitung“ zum Sachverhalt, indem sie höhnisch zu den Ausschlagsanträgen gegen die 23 in Sachsen schreibt:

„Deshalb kann nicht in Sachsen eine Politik Verrat sein, die im Preußen und im Reich die höchste politische Weisheit ist.“

Die sächsische „Gewerkschaftszeitung“ schreibt ganz offen davon, daß es ein Unfinn wäre, zu glauben, daß die 23 Rechte ausgeschlossen würden.

2. Ein wichtiger Faktor, daß die Landtagsauflösung erzwungen werden muß, ist der Umstand, daß die gegenwärtige Regierung und der gegenwärtige Landtag ihre arbeiterfeindliche Politik nicht nur weiterführen, sondern noch verschärfen werden. Daß sie darüber hinaus durch Zweidrittelmehrheit den normalen Termin der Auflösung, der im Herbst stattfindet, zu laborieren beabsichtigen. Die „Leipziger Volkszeitung“ vom Sonntag glaubt, daß diese Vermutung ein Hirngespinnst der Kommunisten sei. In der heutigen Morgenzeitung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, dem offiziellen Organ der dreiundzwanzig Rechte, wird zu dieser Frage „Verrat oder politische Weisheit“ in folgenden Sätzen Stellung genommen. Es heißt dort wörtlich:

„Die Kommunisten freilich liefern einen Verzichtspunkt auf. Sie behaupten, daß die gegenwärtige Situation den Plan habe, die Wahlperiode des Landtags noch um ein Jahr hinaus zu verschieben. Selbstverständlich sind solche Absichten bisher in der Regierung noch nicht erörtert worden. Wenn einige sozialdemokratische Blätter das aber für völlig ausgeschlossen hinstellen, dann möchten wir darauf hinweisen, daß es dazu lediglich einer Veränderung des Artikels 6 der sächsischen Verfassung bedarf, für die eine Zweidrittelmehrheit gegebenemfalls leicht zu erreichen sein würde. So ausgeschlossen, wie die Linkssozialisten das denken, ist der Fall also nicht.“

Hier wird also ganz unwillkürlich und frech durch den Mund der Bourgeoisie und durch den Mund der 23 Rechte die Verklärung der Wahlperiode in Aussicht gestellt. Soll sich die sächsische Arbeiterkassen solche Dinge länger gefallen lassen?